



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

**Budgetbuch 2012
Fachbereich 6
Stadtentwicklung**

Budgetbuch Fachbereich 6 Stadtentwicklung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Haushaltssatzung	1 - 4
2. Verzeichnis der Produkt- und Auftragssachkonten mit Deckungsvermerken	5 - 14
3. Produktplan	15
4. Planungsreport	17 - 30
5. <u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u>	
5.1 Fachbereich 6 – Stadtentwicklung	32 - 33
5.2 <i>Produktgruppe 600 Städtebauliche Planung und Geoinformationen</i>	
5.2.1 Produkt 100 Städtebauliche Planung	34 - 36
5.2.2 Produkt 200 Geoinformationen	38 - 40
5.2.3 Produkt 300 Grünordnungs- u. Freiraumplanung	42 - 44
5.3 <i>Produktgruppe 610 Bauen und Wohnen</i>	
5.3.1 Produkt 100 Bauordnung und Bauaufsicht	46 - 48
5.3.2 Produkt 200 Bau- und Grundstücksservice	50 - 52
5.3.3 Produkt 300 Wohnungsbauförderung	54 - 56
5.3.4 Produkt 400 Denkmalschutz und Denkmalpflege	58 - 60
5.4 <i>Produktgruppe 620 Umweltschutz</i>	
Produkt 100 Umweltschutz	62 - 65

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2010 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2010 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2010 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 2

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.05.2011 (GV. NRW 2011, S. 270, 271) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 01.03.2012 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2012, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	185.432.326 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	186.711.406 €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	177.766.321 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	174.860.164 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	30.276.854 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	37.591.620 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2012 erforderlich ist, wird auf

9.739.995 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

18.119.500 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2012 wird auf

1.279.080 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2012 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **192 v.H.**
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf **495 v.H.**
2. **Gewerbsteuer:**
auf **430 v.H.**

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem **Jahresabschluss**, der Umsetzung des **NKF** sowie finanzneutrale Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen, die bei Strukturänderungen der Verwaltung und im Bereich der Personalwirtschaft erforderlich werden. Unerheblich sind ebenso alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die aus **finanzstatistischen Gründen** für die finanzneutrale Änderung von Sachkonten erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kosten-rechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendun-gen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfi-nanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk: Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.

ku.-Vermerk: Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Detmold, 01.03.2012



Heller
(Bürgermeister)

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/ Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5019006	7019006	Honorare Projekte
5422013	7422013	Mieten
5431152	7431152	Sachmittel

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

Ertrags-/ Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen / -auszahlungen
5019009	7019009	Honorare Projekte
5022009	7022009	VBL - Beiträge
5032109	7032109	Sozialversicherung
5032209	7032209	Berufsgenossenschaftsbeiträge
5391034	7391034	Qualifizierungsgeld für Teilnehmer/ -innen
5422008	7422008	Raummieten
5431127	7431127	Lehr- und Unterrichtsmittel

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 3, 7 und 8. Hier gilt Folgendes:

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen“, „Transport von Kranken“ und „Transport von Notfallpatienten“ gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 7 sind alle Aufträge und Auftragssachkonten eines Produktes / einer Leistung gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Haus- und Grundstücksservice“; „Kanal- und Gewässerbau“, „Abwasserbeseitigung“, alle Hochbaumaßnahmen im Bereich der Schulen (mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte) und Sportstätten sowie sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **nicht** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbesteuer	5341000 / 7341000 Gewerbesteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbesteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanzausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investitionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen / FAIR

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Budget Jugend und Soziales

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141019 / 6141019 Zuweisung des Landes – Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich -	5318061 / 7318061 Weitergabe von Landeszuschüssen -Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich- 5331002 / 7331002 Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4141025 / 6141025 Zuweisung Land für Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme	5318073 / 7318073 Zuschüsse zum Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden
6818000 Investitionszuwendungen übrige Bereiche (Auftrag: H 01085013) Umbau der Friedhofskapelle Hiddesen	7851513 Auszahlungen für Hochbaumaßnahme -Friedhofskapelle Hiddesen- (Auftrag: H 01085013) Umbau der Friedhofskapelle Hiddesen

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Radwege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fach- pläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 009.600.300: Grünordnungs- und Freiraumplanung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4591002 / 6591002 Ausgleichszahlungen nach BAUGB	5499002 / 7499002 Ausgleichsmaßnahmen nach BauGB

Produkt 010.610.200: Bau- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baum- schutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 7: Städtische Betriebe

Produkt 013.700.100: Pflege öffentliche Grünanlagen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
6818000 Investitionszuwendungen übrige Bereiche (Auftrag: S 13097000) Neubau Kinderspielplätze	7852300 Auszahlung Tiefbaumaßnahmen Spiel- und Sportanlagen (Auftrag: S 13097000) Neubau Kinderspielplätze

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweisungen des Landes -Straßentheaterfestival-	
4142015 / 6142015 Zuweisungen des Kreises -Straßentheaterfestival-	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unternehmen – Straßentheaterfestival –	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen Indoor
4321215 / 6321215 Standgelder - Straßentheaterfestival	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europ. Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4146001 / 6146001 Spenden 4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.880.100: Musikausbildung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktplan Fachbereich 06 Stadtentwicklung

Produktgruppe		Produkt	
600	Städtebauliche Planung und Geoinformationen	100	Städtebauliche Planung
		200	Geoinformationen
		300	Grünordnungs- und Freiraumplanung
610	Bauen und Wohnen	100	Bauordnung und Bauaufsicht
		200	Bau- und Grundstücksservice
		300	Wohnungsbausevice
		400	Denkmalschutz und Denkmalpflege
620	Umweltschutz	100	Umweltschutz

Planungsreport

Fachbereich 06 Stadtentwicklung

I. Ausgangslage und Ausblick

1. Produkte des Fachbereichs Stadtentwicklung

Die Dienstleistungen des Fachbereichs Stadtentwicklung werden mit Beginn des NKF-Starts ab 2008 in folgenden acht Produkten und drei Produktgruppen erstellt:

Produktgruppe 600 „Städtebauliche Planung und Geoinformationen“

- 100 „Städtebauliche Planung“
- 200 „Geoinformationen“
- 300 „Grünordnungs- und Freiraumplanung“

Produktgruppe 610 „Bauen und Wohnen“

- 100 „Bauordnung und Bauaufsicht“
- 200 „Bau- und Grundstücksservice“
- 300 „Wohnungsbauservice“
- 400 „Denkmalschutz und Denkmalpflege“

Produktgruppe 620 „Umweltschutz“

- 100 „Umweltschutz“

Die Leistungen der oben aufgeführten Produkte werden von 48 Mitarbeitern des FB 6 erbracht. Unter Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigungen (20 Teilzeit, 2 Altersteilzeit) sind dies rd. 42,4 Stellen (Stand 31.03.12).

Anfang Februar 2012 konnte die seit einem Jahr vakante Stelle im Team 6.5 „Umweltschutz/Freiraumplanung“ durch eine Landschaftsarchitektin (0,5 Stelle) wiederbesetzt werden. Anfang April 2012 erfolgt dann die Wiederbesetzung einer freien Stelle im Team 6.3 „Technische Bauaufsicht“ durch einen Techniker. Auch die interne Wiederbesetzung einer durch Altersteilzeit frei werden Stelle im Team 6.4 „Team Wohnungswesen und Grundstücksservice“ Anfang April ist vorbereitet.

Die Stelle eines Kollegen im Team 6.1, der Ende Juli 2011 in Rente gegangen ist soll im Laufe des Jahres 2012 wiederbesetzt werden. Es ist beabsichtigt, zwischenzeitlich diese Stelle mit dem Anforderungsprofil „Städtischer Denkmalpfleger“ extern auszuschreiben, um frühzeitig die Nachfolge eines Kollegen aus dem Bereich Denkmalpflege (Pensionierung in 2013) vorzubereiten.

1.1 Städtebauliche Planung

Einen wesentlichen Schwerpunkt und einen großen Tätigkeitsbereich der Stadtplanung 2012 wird die Steuerung des Einzelhandels in Detmold ausmachen. Durch Bauleitplanung wird gezielt die

Ansiedlung von Einzelhandelsstrukturen in Ortsteilzentren gefördert, um Versorgungslücken zu schließen. Es gilt das erklärte stadtstrukturelle Ziel umzusetzen, Versorgungsbereiche wieder dezentral zum Bürger in die Ortsteile zu lenken. Außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche gilt es, Einzelhandelsentwicklungen zu stoppen bzw. ggf. zurück zu entwickeln.

Darüber hinaus wird die städtebauliche Planung im Jahr 2012 den erfolgreichen Weg der in den vergangenen Jahren eingeleiteten Branchenmobilisierung weiterverfolgen. Neben der planerischen Mobilisierung neuer Branchen (wie Temde, alte FH) gilt es, in der Umsetzung befindliche Projekte (Omnia) weiterhin aktiv zu begleiten.

Einen weiteren bedeutenden Teil des Aufgabengebietes für 2012 bildet die Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Innenstadt (ISEK). Hierin gilt es, eine Maßnahmen-, Kosten- und Zeitplanung für die Detmolder Innenstadt als Grundlage für die Beantragung von Städtebaufördermitteln aufzustellen. Das überregional ausstrahlende Alleinstellungsmerkmal „Innenstadt“ gilt es zukunftsorientiert zu stärken.

Als wesentliche Leistungen werden innerhalb des Produkts Städtebauliche Planungen in 2012 erbracht:

Erarbeitung und Bearbeitung von Bebauungsplänen, Flächennutzungsplanänderungen, Vorhaben- und Erschließungsplänen, sonstigen städtebaulichen Satzungen, Rahmenplänen, Stadtentwicklungsplanung, Standortuntersuchungen, Lärmaktionsplänen, planungsrechtlichen und städtebaulichen Stellungnahmen und Lärmschutzgutachten zu Bauleitplänen, Bauvorhaben und städtischen Einrichtungen wie z. B. Sportplätze.

Das Arbeitsprogramm begründet sich überwiegend durch die vom Fachausschuss beschlossene Prioritätenliste. Für die Aufstellung der Liste wurden folgende Ziele aus der Baulandstrategie abgeleitet:

- Bedarfsgerechte Bereitstellung von Wohnbauland
- Reduzierung des Zuwachses an bebauter Siedlungsfläche
- Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung
- Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leerstehenden Gebäuden
- Ausnutzung vorhandener Infrastruktur und Erschließungsanlagen

Unter Berücksichtigung dieser Zielsetzungen wurde folgende Rangfolge bei der Aktivierung von Bauflächen festgelegt:

1. Hohenloh
2. Gewerbebrachen
3. Flächen in städtischem Eigentum
4. erschlossene andere Flächen
5. nicht erschlossene andere Flächen

Für das Jahr 2012 sind u. a. folgende große Arbeitsschwerpunkte geplant bzw. befinden sich in der Bearbeitung:

- Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Innenstadt
- Umsetzung des städtebaulichen Konzeptes Einzelhandel
Ziel: zukunftsorientierte Steuerung des Einzelhandels durch langfristige Sicherung und Optimierung der Nahversorgungsstrukturen im Stadtzentrum und in den Ortsteilen (z. B. Heidenoldendorf und Heiligenkirchen) und Ausschluss von Einzelhandel außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche, Bestandsfortschreibung „real“ und „Kaufland“

- Revitalisierung von Gewerbebrachen
(ehem. Fachhochschule, ehem. Omnia-Werke, ggf. ehem. Bundeswehrkrankenhaus, ggf. ehem. Temde-Fabrik, ggf. Schlachthof)
- Stärkung Detmolds im Bereich des Freizeitsektors
(Ansiedlung des Multiplexkinos, Bauleitplanerische Vorbereitung Soccergolfanlage, Optimierung der Sportstätten-situation in Pivitsheide VL und VH)
- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs
- Erarbeitung eines Vergnügungsstättenkonzeptes

Einige dieser investorenabhängigen Projekte werden in 2012 in Form von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen weiter vorangetrieben.

Die Entwicklung des ehemaligen Fliegerhorstes zu einem lebendigen Quartier mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Lernen und Einkaufen wird im Jahre 2012 fortgesetzt. Die bereits genehmigte Seniorenwohnanlage am Kasinogarten wird schrittweise realisiert. Im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms Stadtumbau West kann das Musikcollege OWL als erste Maßnahme umgesetzt werden. Auf der Basis dieses Pilotprojekts werden die Verhandlungen und Planungen für die Umnutzung weiterer Gebäude an der Richthofenstraße in Wohnungen und Bildungseinrichtungen geführt. Nach der erfolgreichen Ausschreibung des Grundstücks „Exerzierplatz“ wird im Jahre 2012 das Bebauungsplanverfahren Nr. 01-75 „Elisabeth-Lange-Straße“ fortgesetzt. Nach dem bereits erfolgten Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben kann die Entwicklung im gewerblichen Bereich durch die Erschließung des Gewerbegebietes „Munitionsdepot“ vorangetrieben werden.

Eine ebenfalls mit Priorität zu bearbeitende Aufgabe ist die Analyse der Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Die Stagnation der Bevölkerungszahl aufgrund der geringen Geburtenquote und der rückläufigen Wanderungsgewinne sowie das zunehmende durchschnittliche Alter der Bevölkerung sind wichtige Bestimmungsgrößen für den Wohnungsmarkt, den Grundstücksmarkt, den Handel, das Dienstleistungsangebot, den Arbeitsmarkt, das Sozialsystem, die öffentlichen Finanzen und die Infrastrukturnachfrage. Der erarbeitete Demografiebericht Heidenoldendorf zeigt hierfür konkrete Handlungsansätze auf. Diese gilt es in 2012 ff. konkret anzugehen und durch stadtplanerisch notwendige Planungen und Beteiligung der Bürger zu flankieren.

Es ist zudem beabsichtigt, in 2012 den Belang des Klimaschutzes verstärkt in alle Bereiche der Stadtplanung und Stadtentwicklung einfließen zu lassen.

1.2 Geoinformationen

Die Führung und Weiterentwicklung der *Kommunalen Geodateninfrastruktur (GDI)* der Stadt Detmold wird auch 2012 ein Schwerpunkt des Produktes „Geoinformationen“ sein.

Das Geodatenmanagement, die Organisations- und Programmentwicklung, Support, Systempflege und Schulung von 16 DesktopGIS-Arbeitsplätzen (ArcGis, GeoOffice), WebGis-Betreuung im Intranet-/Internet (Geodatenportal), Datenerfassung, -pflege, -aufbereitung und -analysen sowie das GeoConsulting sind tägliche Einsatzfelder in diesem Produkt.

Seit 2009/2010 besteht eine interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten Lemgo und Minden. Die bei der Stadt Detmold vorhandene Geodateninfrastruktur (GDI) wurde in diesen Stadtverwaltungen erfolgreich durch das Team GeoService implementiert. Das Team GeoService

begleitet den Aufbau und die Weiterentwicklung der Projekte durch Schulung, Support und Consulting. Entwicklungen bei Fachapplikationen werden in gegenseitigen Absprachen vorgenommen.

Angestrebt wird eine interkommunale Zusammenarbeit mit dem KRZ und dem Kreis Lippe zum Aufbau einer einheitlichen Geodateninfrastruktur im Kreisgebiet mit dem Ziel, Ressourcen durch klar definierte Rollenverteilung effektiver einzusetzen und durch gemeinsame Entwicklungen den Nutzen für alle zu erhöhen.

Die Datenpflege von mittlerweile über 140 Geobasis- und Geofachdaten sowie Fachanwendungen und Applikationen, die zum großen Teil im Geodatenportal zur Verfügung stehen, wird 2012 und den folgenden Jahren einen immer größeren Zeitrahmen beanspruchen, da die meisten Daten im Team GeoService gepflegt werden. Durch die Weiterentwicklungen des Geodatenportals zu einem editierbaren System können immer mehr Datenbestände kleinerer Anwendungen in den Fachteams gepflegt werden (z. B. Baustellen und Straßenplanungen, Einzelhandelsleerstände und Baulandkataster).

Für 2012 ist die Archivierung der Baulastakten und Anbindung an die bereits erfassten Geometrien des Baulastenverzeichnisses im Geodatenportal geplant. Ein Schwerpunkt wird auch die Aufbereitung der extern erstellten Daten für das Straßenkataster zur Darstellung und Analyse für das Projekt Erhaltungsplanung sein. Ebenso die Analysen und Untersuchungen der Einzugsgebiete von Spielplätzen in Detmold für die Erstellung eines Spielplatzbedarfplanes mit Hilfe von GIS-Funktionalitäten.

Für die Feuerwehr soll ein Thema mit allen für den Einsatz benötigten relevanten Daten wie Löschwasserstellen, Gewässer, Grundrisse der Gebäude, Anzahl der Einwohner oder Evakuierungsanalysen entwickelt werden. Über das Geodatenportal stehen die Daten dann auch an der Einsatzstelle zur Verfügung. Der Dienst für den Bürger im Internet soll um die Wander- und Naherholungswege in Detmold sowie weiteren Stadtinformationen (Points of Interest) ausgebaut werden.

Geplant ist auch, einen Dienst aufzubauen, in dem Auswertungen und Statistiken von raumbezogenen Daten (z. B. Einwohnerdaten/Altersstrukturen für bestimmte Bereiche, Analysen zu Einzugsgebieten, Zensus 2011) angeboten sowie der Export von Daten in verschiedene Datenformate ermöglicht wird.

Die EU-Richtlinie "Infrastructure for Spatial Information in Europe" (INSPIRE) ist schrittweise (Annex I-III) in den nächsten Jahren verpflichtend für Behörden umzusetzen (Geodatenzugangsgesetz). Ziel von INSPIRE ist es, unter Einhaltung von EU-weit einheitlichen Spezifikationen Geodaten, Geodatendienste sowie Metadaten interoperabel (als Dienst) bereit zu stellen.

Ebenso ist EU-weit geplant, ein einheitliches Raumbezugssystem ETRS89/UTM (Europäische Terrestrische Referenzsystem 1989 mit UTM Projektion) einzuführen. Die Transformation sämtlicher Koordinaten des bisherigen Raumbezugssystem (Gauß-Krüger-Koordinaten) wird eine schwierige und zeitintensive Aufgabe (Transformation und Homogenisierung der umfangreichen Datenbestände, Tabellen und Anwendungen mit Koordinateneinträgen), deren Aufwand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar ist.

Die Erstellung von *Planungsgrundlagen* für den Kanal- und Straßenbau sind von den anfallenden Baumaßnahmen anderer Produktgruppen (fachbereichsübergreifend) geprägt. Die Erstellung und Ausarbeitung von *Planungsgrundlagen* in der Bauleitplanung (insbesondere die Festlegungsrisse) richten sich nach der vom Fachausschuss beschlossenen Prioritätenliste.

Die Leistungen in der *Entwurfs- und Bauvermessung* werden von anfallenden Verwaltungsaufgaben fast aller Fachebenen und Projekte geprägt und definieren sich aus den von der Politik vorgegebenen Prioritäten in Zusammenarbeit mit den für die Aufgabenabwicklung zuständigen Fachbereichen.

Neben der notwendigen Datenerfassung für die Erstellung von Planungsgrundlagen für Kanal-, Straßen-, Hochbau- und Bauleitplanung wird das Aufgabenspektrum ergänzt durch vermessungstechnische Überprüfungen und Dokumentation von baurechtswidrigen Tatbeständen, Betreuung von Baumaßnahmen und notwendige koordinierende Arbeiten zwischen Tiefbau, Immobilienmanagement und Bauaufsicht.

Die Vermessung ist bemüht, durch schnelle Verfügbarkeit vor Ort aktuelle Baumaßnahmen zeitnah zu betreuen.

1.3 Grünordnungs- und Freiraumplanung

Durch die im Baugesetzbuch geregelten erweiterten rechtlichen Anforderungen an den Umweltschutz und dem Aufgabenbereich der Grün- und Freiflächenplanung ergeben sich folgende Aufgaben:

- Beiträge zum Flächennutzungsplan
- Beiträge zu Bebauungsplänen
- Umweltberichterstattung und –monitoring
- Artenschutzrecht in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren
- Beiträge zu Fachplänen anderer Behörden
- Landschaftspflegerische Begleitpläne
- Grün- und Freiraumplanung
- Planung, Ausschreibung, Überwachung, Abrechnung von Freianlagen
- Mitwirkung bei Baugenehmigungsverfahren
- Ausgleichsflächenmanagement
- Umsetzung der Baumschutzsatzung (s. Produkt Umweltschutz)
- Energiesparen / Klimaschutz (s. Produkt Umweltschutz)
- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit (s. Produkt Umweltschutz)

Die grünplanerischen Fachbeiträge zu den Bebauungsplänen wie Umweltberichterstattung, Eingriffsregelung und das Umweltmonitoring als umfassendes Prüfverfahren werden auch weiterhin mit eigenen Kräften durchgeführt, da sich diese Vorgehensweise als wirtschaftlicher gegenüber externen Vergaben erwiesen hat. Ebenso wird die naturschutzrechtlich geforderte Artenschutzprüfung im Team Umweltschutz und Freiraumplanung selbstständig durchgeführt.

Die 2004 aus dem FB 7 in den FB 6 verlagerte Grün- und Freiraumplanung beinhaltet u. a. die Fachplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Sie beinhaltet auch die Planung, Ausschreibung, Überwachung und Abrechnung von Investitionsmaßnahmen für Sport-, Spiel- und sonstige Freianlagen sowie die Überwachung der externen Architektenleistungen. Die zu erbringenden Leistungen im Bereich der Grün- und Freiraumplanung - und hier insbesondere in der Objektplanung - sind abhängig von dem zur Verfügung stehenden Investitionsvolumen und der Auftragsvergabe anderer Fachbereiche.

Es ist vorgesehen, die Maßnahme „Parklandschaft Friedrichstal“, 2. Bauabschnitt, im Jahr 2012 umzusetzen. Entsprechend sind die benötigten Mittel in den Haushalt eingestellt worden. (vgl. unter 2. Teilfinanzplan).

An verschiedenen Außensportanlagen sollen Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen werden. Auf der Sportanlage Hiddesen ist eine Verschiebung und Sanierung des Großspielfeldes geplant sowie der Bau eines neuen Kleinspielfeldes mit Kunstrasenbelag. Auch auf dem Pinneichensportplatz sind notwendige Sanierungsarbeiten an dem Tennenbelag des Großspielfeldes erforderlich. Für den Sportplatz in Pivitsheide VL sind weiterführende Prüfungen bzgl. der Suche nach einem Alternativstandort vorzunehmen.

Im Zuge der Umsetzung des Handlungskonzeptes Demographie Heidenoldendorf sind auch im Aufgabenbereich Grün- und Freiraumplanung verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen worden. Zu einzelnen empfohlenen Projekten sind nähere Untersuchungen vorzunehmen und Konzepte zu erarbeiten.

Weiterhin ist eine Bedarfsanalyse für die städtischen Spielplätze zu erstellen. Dazu sind im Einzugsgebiet eines jeden Spielplatzes die Einwohnerzahlen zu ermitteln sowie der Anteil an Kindern und Jugendlichen von 0 bis 6 Jahre, 7 bis 12 Jahre und 13 bis 18 Jahre. Auch ist eine Bewertung eines jeden Spielplatzes im Hinblick auf seine Attraktivität und seines Spielwertes vorzunehmen.

1.4 Bauordnung und Bauaufsicht

Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des „Gewerbelotsen“, die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

Im Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ ist die Anzahl der Bauanträge seit dem Jahr 1999 auf ungefähr gleich bleibendem Niveau.

- Für 2012 wird sich die Zahl der Bauanträge für Einfamilienhäuser auf einem ähnlichen Niveau wie 2011 einstellen. Der Trend geht weg vom Neubau von Einfamilienhäusern, hin zum Erwerb von vorhandenen Gebrauchtimmobilien und An- bzw. Umbauten sowie energetische Sanierung für den jeweiligen persönlichen Bedarf. Die Zahl der untergeordneten baulichen Anlagen, wie Carports, Schuppen etc. wird sich auf dem gleichen Niveau wie 2010 einpendeln.
- Die wirtschaftliche Erholung könnte im Jahr 2012 zur Erhöhung von Bauanträgen insbesondere auch gewerblicher Nutzung führen, da die Investitionsbereitschaft wieder zunehmen wird, es wird aber erst einmal davon ausgegangen, dass sich die Zahl der Bauanträge insgesamt auch für gewerbliche Nutzungen auf dem Niveau von 2011 entwickeln werden.

Für die Beurteilung von Bauvorhaben sind unterschiedliche Informationen (z. B. Bebauungspläne, Kanalkarten, Flächennutzungsplan, Altlastenkataster, etc.) notwendig. Diese unterschiedlichen Informationen werden im Geoinformationssystem der Stadt Detmold in digitalen Karten zur Verfügung gestellt. Durch die laufende Erweiterung dieses Geoinformationssystems ist es erreicht worden, die für die Beurteilung eines Bauvorhabens notwendigen Informationen weitgehend am Arbeitsplatz bereitzustellen, sofern nicht externe Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden müssen.

Infolgedessen hat sich die Dauer der Baugenehmigungsverfahren bereits erheblich verringert.

- Das Ziel, im Bereich Vor- und Baubescheide nach Eingang vollständiger, prüffähiger Antragsunterlagen die Laufzeit des Genehmigungsverfahrens ohne externe Beteiligung auf sieben Tage zu begrenzen, wird weiter verfolgt.

- Bei der notwendigen Beteiligung externer Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens soll entsprechend die Laufzeit von sechs Kalenderwochen nicht überschritten werden.
- Dieses Ziel hat auch Berücksichtigung gefunden in einer Zielvereinbarung zur Beschleunigung von gewerblichen Bauvorhaben, die der Kreis Lippe unter der Beteiligung der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe aufgestellt hat. Diese Zielvereinbarung haben neben den Städten und Gemeinden auch eine Vielzahl von Behörden, die innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden, unterschrieben. Unter anderem hat diese Zielvereinbarung zum Inhalt, Beteiligungsfristen festzuschreiben und die Kommunikation mit den Bauherren und Entwurfsverfassern zu beschleunigen. Eine Auswertung hat noch nicht stattgefunden; allerdings hat diese Zielvereinbarung zu einer Beschleunigung der Bearbeitung von gewerblichen Bauanträgen geführt.

1.5 Bau- und Grundstücksservice

Mit Einführung des NKF im Jahre 2008 wurde das Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ aus den bisherigen Produkten „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“, „Baulasten“, „Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen“ sowie dem Projekt „Digitalisierung Bauarchiv“ gebildet.

Wegen der Aussetzung des Widerspruchsverfahrens nach § 3 Bürokratieabbaugesetz wurden Leistungsumfang und Kennzahlen ab 2006 im Bereich „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“ geändert. Die nach der Versetzung des Juristen vom FB 6 in den FB 1 im Mai 2010 im FB 6 verbliebenen Aufgaben werden weiterhin innerhalb des Teams 6.4 insbesondere durch den Teamleiter aufgefangen.

Im Bereich „Baulasten“ sind die Eintragungen weiterhin abhängig von der zukünftigen Zahl der Baugenehmigungen und der Grundstücksteilungen. Bemerkenswerte Änderungen gegenüber dem Vorjahr werden nicht erwartet. Auch in diesem Aufgabenbereich läuft seit 2007 die Digitalisierung des archivierten Aktenbestandes und der aktuell abgeschlossenen und noch zu archivierenden Fälle. Im Arbeitsbereich „Grundstücksteilungen, Vorkaufsrechte, Hausnummern, Straßenbenennungen“ werden keine gravierenden Änderungen erwartet.

Die „Digitalisierung Bauarchiv“ wurde als Projekt inzwischen abgeschlossen, da der wesentliche Teil der Bauakten (90 %) zwischenzeitlich digitalisiert vorliegt. Der Personalbestand wurde entsprechend reduziert. Die noch nicht digitalisierten Restakten (einschließlich Baulasten) sowie die aktuell abgeschlossenen Bauakten werden als laufendes Geschäft der Verwaltung vom „Stammpersonal“ des Bauarchivs digitalisiert. Außerdem nutzt auch der Fachbereich 5 inzwischen die Scanner, um die Kanalakten zu digitalisieren.

Die für den Projektzeitraum gebildete separate Leistungsebene ist weggefallen. Daher vermindern sich beim Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ die Aufwendungen erheblich. Ein Teil der anteiligen Aufwendungen wurden auf das Produkt 010.610.100 Bauordnung und Bauaufsicht verteilt. Insgesamt kommt es gegenüber den Vorjahren erneut zu Einsparungen.

1.6 Wohnungsbausevice

Im Jahre 2007 hat der Kreis Lippe die Aufgaben als Bewilligungsbehörde für Wohnraumfördermittel im gesamten Kreisgebiet übernommen; die Stadt hat nur noch beratende Funktion bzw. hat

zum Bedarf beim Mietwohnungsbau in Detmold Stellung zu nehmen. Der Regierungswechsel des Jahres 2010 in NRW brachte eine grundlegende Überarbeitung des Förderrechts mit sich, aufgrund des niedrigen Zinsniveaus am freien Kapitalmarkt wurde die Förderung stärker auf einkommensschwache Haushalte ausgerichtet. Die daraus resultierende Entwicklung zeigt insgesamt zurückgehende Bewilligungsquoten.

Im Bereich Wohnungsbindung bewegen sich die Leistungsumfänge auf dem Vorjahresniveau. Es besteht aber weiterhin eine entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt und im Mietwohnungsbau ist eine steigende Investitionsbereitschaft erkennbar.

1.7 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Zusätzlich zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben hat sich die Stadt Detmold durch den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft „Programm Historischer Stadtkerne in NRW“ verpflichtet, alle historischen Gebäude aus dem Kulturgutverzeichnis zeitnah auf den Denkmalwert zu prüfen und gegebenenfalls in die Denkmalliste einzutragen.

Von den 1.045 baulichen Objekten dieses Verzeichnisses sind von 1980 bis Juli 2011 912 Objekte auf ihren Denkmalwert überprüft worden, 666 davon sind als Baudenkmal in die Denkmalliste eingetragen worden. In 2012 werden voraussichtlich weitere 30 Objekte auf ihren Denkmalwert geprüft, davon erfüllen erwartungsgemäß ein Drittel die Voraussetzungen der Eintragung in die Denkmalliste.

Von Seiten der Denkmaleigentümer, Architekten und Bauhandwerker besteht eine große Nachfrage nach Beratungen bezüglich der Erlaubnisfähigkeit bei Veränderungen der Fördermöglichkeiten und Steuervergünstigungen. Diese Leistungen erfordern einen hohen Zeitaufwand, der durch ein qualitätvolles Ergebnis am Baudenkmal und durch die positive Resonanz der Beteiligten gerechtfertigt ist.

Die Landesregierung würde sich zukünftig wieder mit 70 % an dem Förderungsprogramm Stadtpauschale beteiligen. Allerdings kann aufgrund der schwierigen Haushaltslage der dreißigprozentige städtische Eigenanteil nicht mehr erbracht und das Förderprogramm daher nicht mehr angeboten werden.

1.8 Umweltschutz

Folgende Tätigkeitsschwerpunkte sind im Produkt Umweltschutz insbesondere zu nennen:

- Energiesparen und Klimaschutz

Angesichts der auch im öffentlichen Bewusstsein gestiegenen Bedeutung des Klimaschutzes ist gerade auf kommunaler Ebene weiterhin zusätzliches Engagement gefordert. Dem wird Detmold durch das Klimaschutzkonzept gerecht. Dessen weitere Umsetzung ist Aufgabe für die kommenden Jahre. Neben Maßnahmen im direkten Einflussbereich der Stadt, d. h. insbesondere am eigenen Gebäudebestand, gilt es, eine große Breitenwirkung zu erreichen. Schwerpunkte bilden dabei:

1. die Betreuung des 2010 neu gebildeten Klimabeirates mit dessen Hilfe einerseits externer Fachverstand für den kommunalen Klimaschutz genutzt werden kann, mit dem andererseits der Gedanke des Klimaschutzes weiter verbreitet werden soll,
2. die Beteiligung der Stadt Detmold am European Energy Award[®], einem in vielen Kommunen erprobten Controllinginstrumentes zur Bewertung des städtischen Klimaschutzes durch ein verwaltungsinternes „Energieteam“ (mit Unterstützung durch Stadtwerke und SVD).
3. Angesichts des hohen Sparpotentials bleibt der Energieverbrauch in Gebäuden auch in Zukunft von großer Bedeutung für einen erfolgreichen Klimaschutz. Neben Maßnahmen

im Neubau (Beratung, verstärkte Bemühungen um Einhaltung von Wärmeschutzvorschriften) bleibt auch der Gebäudebestand von Bedeutung (Beratung und Öffentlichkeitsarbeit, Förderprogramm nachträgliche Wärmedämmung; gezielte Aktionen wie z. B. Thermografie).

4. Darüber hinaus ist es wünschenswert, auch den Verkehr als großen Energieverbraucher weiter in Richtung Klima-, Umwelt- und Stadtverträglichkeit zu optimieren.

- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Kommunikation erfolgt immer stärker über neue Medien; deshalb werden die Internetseiten des FB 6 im Allgemeinen und des Bereichs Umweltschutz im Besonderen laufend optimiert, ausgebaut und aktualisiert. Die hohe Akzeptanz des Mediums gerade bei Jugendlichen wird zunehmend für die Umweltbildung genutzt.

- Umsetzung der Baumschutzsatzung

Die Anzahl von Anträgen nach Baumschutzsatzung ist seit Jahren auf etwa gleich bleibendem Niveau, ebenso das Verhältnis von positiven und negativen Bescheiden. Einerseits kann durch bürgerfreundliche Handhabung ein Großteil der Anträge im Sinne der Antragsteller beschieden werden; andererseits gelingt es alljährlich, vor allem durch Beratung im Vorfeld, mehrere Dutzend Bäume zu erhalten. Dadurch, sowie durch Ersatzpflanzungen und gezielte Baumpflanzaktionen mit Hilfe von Ersatzgeldern, wird das Ziel der Baumschutzsatzung verwirklicht: die „Erhaltung eines artenreichen Baumbestandes“ „zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes“ sowie zur „Verbesserung des Stadtklimas und der ... Belebung, Gliederung und Pflege des Ortsbildes ...“ (§ 1 Abs. 2 BaumSchS). Die Bearbeitung der Anträge zur Baumschutzsatzung wird mit Hilfe von Online- Formularen weiter vereinfacht und verkürzt.

II. Teilergebnisplan und Teilfinanzplan

1. Teilergebnisplan

Im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) wird der geplante Werteverzehr periodengerecht im gesamtstädtischen Ergebnisplan und in fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen dargestellt. Nach Ablauf des Haushaltsjahres werden die Ergebnisse in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

1.1 Übersicht

Das „Ordentliche Jahrergebnis“ des Fachbereichs Stadtentwicklung ist laut Haushaltsbeschluss für 2012 im Teilergebnisplan mit rd. minus 2.993.750 € geplant und liegt damit rd. 88.200 € (rd. 3,0 %) niedriger (besser) als in der Planung 2011.

Ergänzt um den negativen Saldo von rd. minus 432.600 € (rd. 83.400 € / 16,2 % günstiger als Plan 2011) aus internen Leistungsbeziehungen ergibt sich ein geplantes Gesamtergebnis 2012 (= Zuschussbedarf) von rd. minus 3.426.300 € und entspricht damit fast genau dem Plan 2011 (rd. 4.800 € / 0,14 % Abweichung zum Plan 2011).

1.2 Erträge

Als „ordentliche Erträge“ sind für 2012 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 1.157.900 € geplant. Gegenüber der Planung 2011 sind dies rd. 129.900 € / rd. 10,1 % weniger.

Vergleichender Hinweis: Ohne Berücksichtigung der Ertragsposition „Zuwendungen und allge-

meine Umlagen“ i. H. v. rd. 621.600 €, die besonderen Schwankungen unterliegt, ergibt sich gegenüber der Planung 2011 eine geplante Ertrags-Steigerung von rd. 26.700 € (rd. 5,2 %).

Im Einzelnen sind für 2012 folgende Erträge geplant:

- Zuwendungen und allgemeine Umlagen i. H. v. rd. 621.600 €

- Hierunter fallen insbesondere die geplanten Zuweisungen für die Fördermaßnahme im Bereich Stadtumbau West Hohenloh-Richthofenstraße. Für 2012 wurden 350.000 € (70 %) Landes-/Bundes-Förderung und weitere 100.000 € (20 %) Förderung der Bundesanstalt Immobilienaufgaben in die Planung aufgenommen (vgl. Erläuterungen unter 1.3 bei Transferaufwendungen).

Zwischenzeitlich ist - wie in den Erläuterungen der Beschlussvorlage Fb 6/041/2012 (SEA 15.02.2012, Rat 01.03.2012) dargestellt - aufgrund der Förderrichtlinien Stadterneuerung eine Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Höhe von 20 % nicht mehr möglich. In der Budgetausführung wird beachtet, dass der ursprünglich geplante städtische Eigenanteil von 50.000 € nicht überschritten wird (weitere Erläuterungen bei der Produkterläuterung zu Denkmalschutz und Denkmalpflege).

- Weiterhin sind bereits 99.370 € Bundesförderung für das Modellvorhaben Gebäudebestand eingegangen.

Lt. Beschlussvorlage Fb 6/422/2011 (Rat 21.12.2011) soll auf Grundlage des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzeptes eine Beratungsbroschüre und Gutachten zur Altbauanierung erstellt werden. Die 95 % - Förderung des Bundes beträgt 99.370 € und ist im Dezember 2011 bereits eingegangen. Der 5 % - Eigenanteil in Höhe von 5.230 € wird aus Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes finanziert.

- Für das Programm „Historische Stadtkern – private Haus- und Hofflächen“ werden 52.900 € Landesförderung (70 %) erwartet.

- Für Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes werden 12.300 € Bundes-Zuwendung geplant und weitere rd. 6.400 € als Zuwendung im Zusammenhang mit der Beteiligung am European Energy Award für externe Beratung.

- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte i. H. v. rd. 414.100 €

Hierunter fallen z. B. geplante Baugenehmigungsgebühren (350.000 €), Verwaltungsgebühren für Baulasten (10.000 €) und im Bereich Teilungen sowie Vorkaufsrechtsprüfungen (25.000 €) und Verwaltungsgebühren für Statik (2.000 €).

- Kostenerstattungen und Kostenumlagen i. H. v. rd. 27.700 €

Dies betrifft beispielsweise erwartete Kostenerstattungen Privater für beantragte Bauleitplanung oder Erstattungen der Städte Minden und Lemgo für Leistungen des GeoServices.

- Sonstige ordentliche Erträge i. H. v. 11.100 €

Hierunter fallen geplante Bußgelder (5.000 €) und Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung (6.000 €).

- Aktivierte Eigenleistungen i. H. v. 83.000 €

Aktivierte Eigenleistungen werden entsprechend der Gemeindehaushaltsverordnung NRW dann gebucht, wenn Ingenieure des Fachbereichs Stadtentwicklung durch Planungs-Leistungen nach

HOAI an der Schaffung von Anlagevermögen der Stadt Detmold (z. B. Gebäuden, Straßen, Kanälen) mitwirken. Diese Leistungen werden innerhalb der Stadt Detmold verrechnet. HOAI-Leistungen des Produktes 009.600.100 Städtebauliche Planung werden erfasst, können jedoch aufgrund der Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung nicht dem Anlagevermögen hinzugerechnet werden.

Separat dazugerechnet werden die geplanten Erträge aus internen Leistungsbeziehungen i. H. v. 6.900 €, insbesondere für Verrechnung von Ingenieurleistungen im Bereich der Unterhaltung von Spiel- und Sportplätzen.

1.3. Aufwendungen

Die geplanten „Ordentlichen Aufwendungen“ betragen für 2012 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 4.158.200 € und liegen damit rd. 41.700 € / 1 % unter dem Plan 2011. Die Senkungen liegen hauptsächlich im Bereich der Transferaufwendungen (siehe dort).

Die geplanten Personalaufwendungen i. H. v. rd. 3.073.050 € liegen rd. 155.820 (5,3 %) über dem Plan 2011 und stellen mit rd. 75,8 % der „Ordentlichen Aufwendungen“ den größten Kostenblock dar. Die Höhe der für das Haushaltsjahr 2012 erwarteten Personalaufwendungen wird zentral errechnet. Erläuterungen zur Personalveränderungen befinden sich bei den jeweiligen Produkterläuterungen.

Weitere geplante Aufwendungen sind:

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 88.850 €

Unter diese Position fallen die Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Einrichtungsgegenstände, Anwalts- und Gerichtskosten, Ersatzvornahmen sowie Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne (u. a. für Kosten im Zusammenhang mit der Erstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK).

Neu aufgenommen wurde im Plan 2011 die Position „Planungskosten Umsetzung Handlungskonzept Demographie Heidenoldendorf i. H. v. 20.000 €. Der Betrag wurde auf 2012 fortgeschrieben.

- Bilanzielle Abschreibungen i. H. v. rd. 15.100 €,

- Transferaufwendungen i. H. v. rd. 793.400 €

Hierzu zählen

- rd. 84.000 € Zuschuss an Niedrig-Energie-Institut (NEI)
Das Honorar wurde seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 20.000 € von 56.000 € auf 76.000 € erhöht. Der Erhöhungsbetrag wird jetzt weiter für die Jahre 2012 ff. unter der Einbeziehung der Honorar-Anpassungsklausel im NEI-Vertrag (Berücksichtigung von allgemeinen Tarifierhöhungen) für die Jahre 2012 (rd. 84.000 €), 2013 (rd. 85.000 €), 2014 (rd. 85.000 €) und 2015 (rd. 86.000 €) fortgeschrieben.
- rd. 62.800 € Abwicklung Detmolder Förderprogramme über NEI
Die für die Abwicklung des Detmolder Förderprogramms (zur Wärmedämmung) über NEI bereitgestellten Mittel wurden seinerzeit nach Beratung im HFA für das Haushaltsjahr 2008 um 40.000 € von 40.903 € auf 80.903 € erhöht. Dieser Erhöhungsbetrag wurde zunächst als Mittelanmeldung für die Haushaltsjahre 2010 ff. fortgeschrieben. Aufgrund der

Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde dieser Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 8.090 €) auf 72.813 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 gegenüber der Mittelanmeldung um weitere 10.000 € auf 62.813 € gesenkt.

- 17.000 € Projektkostenzuschuss Rolfcher Hof (bis 2009: 19.800 €)
Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde der Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 1.980 €) auf 17.820 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 auf 17.000 € (für fünf Jahre bis einschließlich 2015) jährlich festgesetzt (weitere Senkung wegen evtl. Landesförderung derzeit nicht gegeben).
- rd. 75.500 € Zuschuss Historischer Stadtkern – private Haus- und Hofflächen
(wie Vorjahre, davon Landeszuweisung jeweils 70 %)
- 0 € Denkmalförderung / Stadtpauschale
Durch Haushaltsbeschluss 2011 wurde die Stadtpauschale aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage ab 2011 gestrichen (zum Vergleich: Vorjahre jährlich 29.000 €).
- 0 € Förderung von Initiativen und Umweltpreis
Die zunächst geplanten 400 € wurden im Haushaltsplanverfahren eingespart.
- 500.000 € Zuschuss Fördermaßnahme Bereich Stadtumbau West Hohenloh – Richthofenstraße (Plan 2012: 500.000 €, Plan 2013: 500.000 €),
davon voraussichtlich Landes-/Bundeszuweisung 350.000 € (70 %, Plan 2013: 350.000 €) und weitere Bundeszuweisung 100.000 € (Plan 2013: 100.000 €)
Der kalkulierte städtische Eigenanteil in Höhe von 10 % betrug damit zum Zeitpunkt des Haushaltsbeschlusses 2012 50.000 € (2013 50.000 €).
Zwischenzeitlich ist - wie in den Erläuterungen der Beschlussvorlage Fb 6/041/2012 (SEA 15.02.2012, Rat 01.03.2012) dargestellt - aufgrund der Förderrichtlinien Stadterneuerung eine Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Höhe von 20 % nicht mehr möglich. In der Budgetausführung wird beachtet, dass der ursprünglich geplante städtische Eigenanteil von 50.000 € nicht überschritten wird (weitere Erläuterungen bei Produkterläuterung Denkmalschutz und Denkmalpflege).
- 50.000 € Aufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Detmold)
Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Ausweitung der Energieberatung hat der Rat am 24.09.2009 die befristete dreijährige Einstellung einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters beschlossen. Die Stelle der Klimaschutzmanagerin ist seit Mai 2011 mit halbem Stellenumfang besetzt.

- „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ i. H. v. rd. 187.700 €

Hierunter fallen insbesondere die Aufwendungen für das Modellvorhaben Gebäudebestand in Höhe von 104.600 € (vgl. Erläuterungen unter 1.3 Erträge).

Weiterhin fallen darunter u. a. Aufwendungen für:

- Büro- und Geschäftsbedarf (nochmals um 2.700 € gekürzt) und Drucksachen
- Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes

- Öffentliche Bekanntmachungen
 - Fachbereichsspezifische Öffentlichkeitsarbeit
 - Umsetzung Online-Energieberatung (gehört zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes)
 - Umsetzung European Energy Award für externe Beratung
- Einzelheiten zum European Energy Award sind ausführlich in der Drucksache Nr. VV/235/2009 erläutert (Haupt- und Finanzausschuss am 03.09.2009, Rat am 24.09.2009).

Dazu zu rechnen sind noch separat ausgewiesene rd. 439.500 € Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen für IT-Service, Gebäudemanagement, Personalnebenkosten, Personalservice, Stadtkasse, Internen Dienstbetrieb, Postgebühren, Fernsprecher, Büro- und Geschäftsbedarf, Drucksachen und Fuhrpark. Die Kosten für Unterhaltung fachspezifischer Software werden ab 2011 aus den „Sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ ausgegliedert und über IT-Service verrechnet. Neu hinzugekommen ist ab 2011 die Verrechnung der Aufwendungen aus IL Telefon-Servicecenter.

Die auf die Fachbereiche umgelegten Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen sind für die einzelnen Fachbereiche nur in eingeschränktem Maße beeinflussbar.

1.4. Leistungsangebot

Trotz des in den vergangenen Jahren erfolgten erheblichen Konsolidierungsbeitrages des Fachbereichs Stadtentwicklung bemüht sich die Verwaltung, das Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Um die Einschränkungen im Leistungsangebot aufzufangen, wurde z. B. das Internetangebot für Bürgerinnen und Bürger ausgebaut und wird fortlaufend verbessert.

2. Teilfinanzplan

Ergänzend zum gesamtstädtischen Ergebnisplan und fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen werden im System des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) auch ein gesamtstädtischer Finanzplan sowie fachbereichsbezogene Teilfinanzpläne erstellt. Die Finanzplanung bezieht sich auf die geplanten Einzahlungen und Auszahlungen und bildet damit Veränderungen des Geldvermögens der Kommune ab. Hieraus ergibt sich ein direkter Bezug zur Bilanz der Stadt Detmold. In der Finanzplanung werden damit auch die Ausgaben für geplante Investitionen abgebildet.

Für den Fachbereich Stadtentwicklung sind für das Planjahr 2012 und die drei Folgejahre 2013-2015 hier insbesondere folgende investive Maßnahmen zu nennen:

- Projekt Parklandschaft Friedrichstal, 2. Bauabschnitt (Produkt 009.600.300 Grünordnungs- und Freiraumplanung)

Als Einzahlungen werden für 2012 428.500 € Landeszuwendungen eingeplant. Insgesamt sind 686.000 € Zuwendung für den 2. Bauabschnitt bewilligt, davon sind bereits 107.500 € in 2011 eingegangen. Die restlichen 150.000 € sind für 2014 geplant.

Als Auszahlungen werden für 2012 995.000 € (980.000 € plus 15.000 € Rest Planungskosten aus 2011) im Haushalt geplant.

Die Ausführungsplanung für die Wallpromenade und die Platzfläche am Mühlengraben wird am 21.03.2012 im Ausschuss für Stadtentwicklung vorgestellt (Beschlussvorlage Fb 6/101/2012). Weitere Kosten in Höhe von 90.000 € für zusätzliche Fällungen und Neuanpflanzungen aufgrund

der beabsichtigten Verlegung von Versorgungsleitungen (z. B. Fernwärme) haben die Eingriffsverursacher (Kanal- und Leitungsbau) zu tragen.

- Maßnahme Komplettierung Fußwegeverbindung Hohenloh:

Aktuell werden für 2012 35.000 € (50 %) Landeszuwendungen als Einzahlungen kalkuliert. Als Auszahlungen werden für 2012 70.000 € für die Maßnahme geplant. Der städtische Eigenanteil beträgt damit 35.000 €.

- jährlicher Investitionszuschuss zum Naturschutzprojekt Senne rd. 14.400 € (wie Vorjahre)

Für Einzahlungen aus der Ablösung von Stellplatzverpflichtungen werden für 2012 5.000 € geplant. Aus Rückflüssen aus Darlehen im Bereich Wohnungsbau werden rd. 22.500 € erwartet.

Weitere Einzelheiten sind den Erläuterungen zu den einzelnen Produkten zu entnehmen.

Ziele

- Detmold zeigt eine nachhaltige und familienfreundliche städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur- und umweltschützenden Anforderungen sowie die Anforderungen des Denkmal- und Klimaschutzes auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleistet.

- Baulandreserven im Innenbereich sowie Brachflächen werden planerisch mobilisiert und dienen somit langfristig der Infrastrukturausstattung und dem Freiraumschutz.

- Die wirtschaftliche Entwicklung in Industrie, Gewerbe und Handel ist zu fördern, indem bestehende Firmen unterstützt und ein nachfragegerechtes Angebot an gewerblichen Baugrundstücken für die Neuansiedlung bzw. Erweiterung gewerblicher Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Die Ansiedlung auf Gewerbebrachen hat Vorrang vor der Ausweisung von Gewerbegrundstücken im Außenbereich.

- Die Detmolder Bevölkerung wird umfassend über Planungen und Bauvorhaben, auch unter Einsatz moderner Informationstechnologien, informiert.

- Die Attraktivität der Einkaufsstadt Detmold wird gesteigert, auch durch die Unterstützung privater Initiativen zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels in der Innenstadt.

- Die Aufenthaltsqualität von öffentlichen Freiräumen wird erhalten und verbessert.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	84.316,00	778.220	621.600	515.800	57.200	53.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	393.154,88	418.800	414.100	414.100	414.100	414.100
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	303,50	500	400	400	400	400
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.914,32	23.210	27.710	27.710	27.710	27.710
+ Sonstige ordentliche Erträge	8.883,79	16.100	11.100	11.100	11.100	11.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	112.394,99	51.000	83.000	67.000	67.000	67.000
= Ordentliche Erträge	629.967,48	1.287.830	1.157.910	1.036.110	577.510	573.810
- Personalaufwendungen	2.815.051,59	2.917.236	3.073.055	3.099.055	3.133.169	3.167.622
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.804,94	91.850	88.850	42.850	42.850	42.850
- Bilanzielle Abschreibungen	22.714,02	21.149	15.131	13.999	13.999	13.999
- Transferaufwendungen	290.972,85	1.069.472	793.438	794.438	256.938	245.438
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	78.102,60	100.200	187.690	78.120	79.020	72.120
= Ordentliche Aufwendungen	3.233.646,00	4.199.907	4.158.164	4.028.462	3.525.976	3.542.029
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.603.678,52	-2.912.077	-3.000.254	-2.992.352	-2.948.466	-2.968.219
+ Finanzerträge	6.268,21	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
= Ordentliches Jahresergebnis	-2.597.410,31	-2.905.577	-2.993.754	-2.985.852	-2.941.966	-2.961.719
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	18.901,86	6.900	6.900	6.900	6.900	6.900
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	474.016,31	522.829	439.490	441.179	446.408	450.649
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-455.114,45	-515.929	-432.590	-434.279	-439.508	-443.749
= Ergebnis	-3.052.524,76	-3.421.506	-3.426.344	-3.420.131	-3.381.474	-3.405.468

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	84.316,00	777.620	521.630	0	515.200	56.600	52.900
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	386.058,33	418.800	414.100	0	414.100	414.100	414.100
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	177,00	500	400	0	400	400	400
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	37.490,29	23.210	27.710	0	27.710	27.710	27.710
+ Sonstige Einzahlungen	16.294,29	16.100	11.100	0	11.100	11.100	11.100
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	6.179,17	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	530.515,08	1.242.730	981.440	0	975.010	516.410	512.710
- Personalauszahlungen	2.650.961,78	2.711.647	2.845.264	0	2.876.812	2.908.677	2.940.859
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	30.784,86	113.150	96.150	0	42.150	42.150	42.150
- Transferauszahlungen	306.159,29	1.115.866	819.882	0	808.882	271.382	245.438
- Sonstige Auszahlungen	107.715,32	100.200	187.690	0	78.120	79.020	72.120
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.095.621,25	4.040.863	3.948.986	0	3.805.964	3.301.229	3.300.567
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.565.106,17	-2.798.133	-2.967.546	0	-2.830.954	-2.784.819	-2.787.857
= Saldo des Teilfinanzplanes	-2.565.106,17	-2.798.133	-2.967.546	0	-2.830.954	-2.784.819	-2.787.857
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	6.700,00	5.000	468.500	0	5.000	155.000	5.000
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	22.404,92	22.500	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	29.104,92	27.500	491.000	0	27.500	177.500	27.500
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.490,00	60.000	1.065.000	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	7.585,51	2.700	2.700	0	2.700	2.700	2.700
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	16.075,51	62.700	1.067.700	0	2.700	2.700	2.700
= Saldo aus Investitionstätigkeit	13.029,41	-35.200	-576.700	0	24.800	174.800	24.800
= Saldo des Teilfinanzplanes	-2.552.076,76	-2.833.333	-3.544.246	0	-2.806.154	-2.610.019	-2.763.057
= Saldo des Teilfinanzplanes	-2.552.076,76	-2.833.333	-3.544.246	0	-2.806.154	-2.610.019	-2.763.057

Kurzbeschreibung

- Informelle Planungen, Konzepte und Zielformulierungen für die zukünftige räumliche Entwicklung der Gesamtstadt und ihrer Teilbereiche.
- Flächennutzungsplanung auf der Grundlage der geplanten städtebaulichen Entwicklung als vorbereitender Bauleitplan für das gesamte Stadtgebiet mit Darstellung der beabsichtigten Bodennutzung
 - Bebauungspläne als verbindliche Bauleitpläne und städtebauliche Satzungen für kleinräumige Bereiche des Stadtgebietes mit rechtsverbindlicher Festsetzung für die städtebauliche Ordnung und Bodennutzung.
- Schalltechnische Gutachten, Lärminderungspläne
- Betreuung passiver Lärmschutzmaßnahmen
- Steuerung der Stadterhaltung und -gestaltung im Sinne der erhaltenden Stadterneuerung durch Ortssatzungen, Rahmenpläne, Beratungen, Förderungen, Stellungnahmen, Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

Die Städtebauliche Planung soll eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten.

Sie soll dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz, sowie die städtebauliche Gestaltung und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln (§ 1 Abs. 5 BauGB).

Die Siedlungsfläche des Detmolder Stadtgebietes soll im Rahmen der Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung entwickelt werden.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch,
 sonstige Fachgesetze,
 Ratsbeschlüsse,
 Beschlüsse des Fachausschusses,
 Prioritätenliste Bauleitplanung,
 Vorgaben der Verwaltungsführung

Zielgruppe

Alle Bürger/innen, Grundstückseigentümer und -nutzer, Vorhabenträger, durch Lärmimmissionen Betroffene, Architekten und Planer, politische und andere gesellschaftliche Gruppierungen, Institutionen und Behörden, Eigentümer, Mieter u. Pächter v. Gebäuden im Bereich v. Satzungen, v. erhaltenswerten Gebäuden, v. kulturlandschaftsprägenden Gebäuden und von landwirtschaftlich genutzten Gebäuden

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	10,25	10,73	10,36	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Änderung des Flächennutzungsplanes	Anz.	3	4	4	–	–	–
Beratungen und Stellungnahmen	Anz.	48	49	49	–	–	–
Projekt Hohenloh Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	45	50	50	–	–	–
Beratung von Nutzungsinteressenten	Std.	170	150	150	–	–	–
Bearbeitung von Bebauungsplänen	Anz.	75	55	55	–	–	–
Satzungen gem. § 34 BauGB und § 35 BauGB	Anz.	5	3	3	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Betreuung Vorhaben- und Erschließungspläne	Anz.	8	6	7	-	-	-
Betreuung Bebauungspläne Dritter	Anz.	3	4	4	-	-	-
städtebauliche Verträge	Anz.	12	10	12	-	-	-
städtebauliche Rahmenpläne, Konzepte und Gutachten	Anz.	30	20	15	-	-	-
Anzahl der schalltechnischen Gutachten	Anz.	16	12	15	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	793.113	750.000	740.200	-	-	-
Anzahl aktuell in Bearbeitung befindlicher Bebauungsplan- und Satzungsverfahren	Anz.	106	82	85	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	96	85	85	-	-	-
ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr	€	43.000.000	30.000.000	30.000.000	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	242,40	200	500	500	500	500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.453,02	10.000	12.000	12.000	12.000	12.000
= Ordentliche Erträge	10.695,42	10.200	12.500	12.500	12.500	12.500
- Personalaufwendungen	720.486,06	766.322	783.363	791.017	798.724	806.434
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.501,03	66.150	66.150	20.150	20.150	20.150
- Bilanzielle Abschreibungen	5.739,00	5.739	5.739	5.739	5.739	5.739
- Transferaufwendungen	4.153,88	2.000	1.550	1.550	1.550	1.550
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.516,96	16.610	14.950	14.950	14.950	14.950
= Ordentliche Aufwendungen	768.396,93	856.821	871.752	833.406	841.113	848.823
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-757.701,51	-846.621	-859.252	-820.906	-828.613	-836.323
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	118.718,42	108.511	91.751	92.363	93.487	94.481
= Ergebnis	-876.419,93	-955.132	-951.003	-913.269	-922.100	-930.804

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	242,40	200	500	0	500	500	500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	21.775,05	10.000	12.000	0	12.000	12.000	12.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	22.017,45	10.200	12.500	0	12.500	12.500	12.500
- Personalauszahlungen	716.801,16	754.186	769.947	0	777.517	785.124	792.734
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	16.501,03	66.150	66.150	0	20.150	20.150	20.150
- Transferauszahlungen	17.807,88	16.444	15.994	0	15.994	15.994	1.550
- Sonstige Auszahlungen	23.591,56	16.610	14.950	0	14.950	14.950	14.950
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	774.701,63	853.390	867.041	0	828.611	836.218	829.384
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-752.684,18	-843.190	-854.541	0	-816.111	-823.718	-816.884
= Saldo des Teilfinanzplanes	-752.684,18	-843.190	-854.541	0	-816.111	-823.718	-816.884
= Saldo des Teilfinanzplanes	-752.684,18	-843.190	-854.541	0	-816.111	-823.718	-816.884

Erläuterungen

Das Produkt "Städtebauliche Planung" beinhaltet die Bereiche "Stadtplanerische Leistungen" und "Stadtbilderneuerung und Ortsbildspflege".

Bereich "Stadtplanerische Leistungen"

Als voraussichtlich wichtigste stadtplanerische Aufgaben im Jahr 2012 sind zu nennen:

- Schaffung von Planungsrecht durch Bebauungspläne entsprechend der vom Ausschuss für Stadtentwicklung festgelegten Prioritätenliste und ihrer Ergänzung für Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel und Sondernutzungen
- Zukunftsorientierte Steuerung und Entwicklung des Einzelhandels in der Gesamtstadt auf der Grundlage eines städtebaulichen Einzelhandelskonzeptes: Aufzeigen und Durchsetzen von Entwicklungsperspektiven in der Innenstadt und in den Ortsteilen, Ausschluss außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche
- Aktiver Stadtbau brachgefallener Siedlungsflächen u. a. durch die Betreuung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen (Brachenrevitalisierung)
- Stärkung der Innenstadt durch Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Innenstadt (ISEK)
- Steuerung von Vergnügungsstätten im Stadtgebiet Detmolds
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs
- Einbeziehung des Demografischen Wandels in die konzeptionelle Stadtentwicklung
- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Optimierung des Städtebaus im Sinne der CO₂ – Reduzierung
- die weitere Entwicklung im Projekt Hohenloh
- perspektivische, zukunftsorientierte Absicherung des Westfälischen Freilichtmuseums
- Ansiedlung eines Großkinos im Bereich der Innenstadt

Das genannte Arbeitsspektrum wird sich im Verlauf des Jahres ändern, da erfahrungsgemäß die Arbeitsplanung durch Beschlüsse der politischen Gremien beeinflusst wird. Zum anderen ist die Verwaltung bemüht, auf Bauleitplanungserfordernisse bei dringendem Bedarf flexibel zu reagieren.

Kurz- bzw. mittelfristige Ziele des Produkts sind:

- Fortwährende Optimierung der Wirtschaftlichkeit durch den verstärkten Einsatz von EDV (CAD und Bauleitplanverfahrens-Programm)
- Weitere Optimierung der Nutzung des Internets zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Online-Beteiligung von Bürgern und Behörden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens

Hinweis: Der Deckungsgrad „Aufwand zu Leistung nach HOAI“ wird auf Grundlage der Leistungsebene „Stadtplanerische Leistungen“ ermittelt (vor NKf bis 2007: "Center für Stadtplanerische Leistungen").

Hinweis: Die o. g. Kennzahl "ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr" wird sich Planjahr 2012 voraussichtlich auf dem Niveau von 2011 bewegen, weil die Planungen für die großen gewerblichen Bauvorhaben zunächst abgeschlossen sind; neue gewerbliche Initiativen in ähnlicher Größenordnung wie 2009 sind derzeit nicht bekannt.

Bereich "Stadtbilderneuerung und Ortsbildspflege"

Beratungen erfolgen in der Regel auf Veranlassung der Ratsuchenden (Bauherren, Architekten, Handwerker) telefonisch, mündlich oder vor Ort, je nach Schwierigkeitsgrad auch mehrmals in einer Sache. Der Zeitaufwand ist sehr unterschiedlich. Telefonische Auskünfte dauern manchmal wenige Minuten, komplexe Vorhaben erfordern nicht selten mehrere Stunden.

Stellungnahmen sind gefordert bei Anträgen nach der Gestaltungssatzung und der Erhaltungssatzung, bei Maßnahmen im Geltungsbereich des Programms "Historischer Stadtkern", bei Maßnahmen an kulturlandschaftsprägenden Gebäuden sowie Maßnahmen an erhaltenswerten Objekten im gesamten Stadtgebiet. Mit Stellungnahmen sind eingehende Prüfungen, häufig auch koordinierende Besprechungen verbunden. Stellungnahmen erfolgen schriftlich und erfordern einen hohen Zeitaufwand.

Fördermittel für das kleine städtische Fassadenförderungsprogramms stehen aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage seit 2011 nicht mehr zur Verfügung.

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Historische Stadtkerne werden verschiedene Publikationen auf regionaler Ebene und auf Landesebene gemeinschaftlich gestaltet und herausgegeben.

Ende September 2010 endete der Vertrag einer teilzeitbeschäftigten Kollegin im Team 6.1. Die Aufgaben - im Bereich Denkmalschutz - werden seitdem durch Aufgabenverlagerung im Team wahrgenommen.

Die Stelle eines Kollegen (mit verringerten Bezügen aufgrund von Altersteilzeit) im Team 6.1, der Ende Juli 2011 in Rente gegangen ist, soll in 2012 wiederbesetzt werden. Es ist beabsichtigt, zwischenzeitlich die Stelle mit dem Anforderungsprofil „Städtischer Denkmalpfleger“ extern auszuschreiben, um frühzeitig die Nachfolge eines Kollegen aus dem Bereich Denkmalpflege (Pensionierung in 2013) vorzubereiten. Die entsprechenden Personalkosten sind im Produkt 610.100 bei der Mittelanmeldung 2012 berücksichtigt.

Die Kosten im Zusammenhang mit der Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Innenstadt (ISEK) wurden bei der Planung 2012 berücksichtigt (Konto Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne). Im Bereich Planungskosten Umsetzung Handlungskonzept Demografie Heidenoldendorf wurden 20.000 € (Mittel aus 2011) fortgeschrieben.

Kurzbeschreibung

- Aufbau, Bereitstellung und Nutzung von Datenbasen für raumbezogene Informationsverarbeitung (Geodatenmanagement)
- Vermessungstechnische Leistungen für Planungen und Entwürfe von Gebäuden, Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen sowie für das Übertragen der Projektgeometrie in der Örtlichkeit und an Objekten außerhalb der Entwurfs- und Bauphase
- nicht objektgebundene Flächenvermessung für Freianlagen und Bebauungspläne im Zusammenhang mit städtebaulichen und landschaftsplanerischen Leistungen einschließlich der Auswertungen

Ziele

- Schnelle, umfassende und aktuelle Verfügbarkeit von Geodaten, -fachdaten und -informationen als Grundlage von Verwaltungsentscheidungen
- Modernisierung der Verwaltung durch Optimierung von Arbeitsbedingungen und -abläufen.
- Bürger durch Veröffentlichungen im Internet bei Verwaltungsentscheidungen einfacher zu beteiligen.
- Vermarktung von Nutzungsrechten an kommunalen Geodaten über das Internet.
- Bereitstellung von Planungs- und Entwurfsgrundlagen für öffentliche Bauvorhaben und Übertragung der Bauwerksgeometrie in die Örtlichkeit unter Berücksichtigung planungs- u. baurechtlicher Aspekte.

Auftragsgrundlage

Ratsbeschlüsse, Beschlüsse des Fachausschusses Stadtentwicklung, Vereinbarungen mit dem Kreis Lippe, Vermessungs- und Katastergesetz, Planzeichenverordnung für Bauleitpläne

Zielgruppe

Alle technischen und nichttechnischen Fachbereiche, Bereiche und Projekte der Stadtverwaltung DT, die raumbezogene Informationen erfassen, präsentieren, speichern, analysieren und modellieren wie Städtebau, Landschaftsbau, Statistik, Liegenschaften, Kanalbau, Tief- und Hochbau, Umwelt, Bürger und Kunden
 Entwurfsingenieure der Fachbereiche bzw. von der Stadt Detmold beauftragte Ingenieurbüros, baudurchführende Firmen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	6,57	6,57	6,57	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
aktive Nutzer des Geodatenportals im Intranet	Anz.	186	175	175	-	-	-
Aufwand Systembetreuung	Std.	1.737	1.900	2.000	-	-	-
Systemnutzung	-	-	-	-	-	-	-
Intranetzugriffe auf das KRIS	Anz.	466.623	475.000	490.000	0	0	-
- davon auf Kartenwerke	Anz.	294.492	305.000	310.000	-	-	-
- davon auf Fachdaten	Anz.	172.131	170.000	180.000	-	-	-
Internetzugriffe	Anz.	545.860	520.000	570.000	-	-	-
Steigerung der Zugriffe im Geo-Daten-Portal (Intranet/Internet) im laufenden Jahr	%	7	5	5	-	-	-
Erstellung von Planungsunterlagen	-	-	-	-	-	-	-
erstellte Planungsunterlagen insgesamt	Anz.	63	50	25	-	-	-
Kommunales Raumbezogenes Informationssystem - KRIS -	-	-	-	-	-	-	-
Deckungsgrad (gesamt) Team	%	23	23	23	-	-	-
Datenerfassung,-pflege und-auswertung	-	-	-	-	-	-	-
- Kartenwerke	Anz.	91	92	93	-	-	-
Objektvermessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Hochbau	Anz.	6	3	4	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Ingenieurbau	Anz.	8	8	8	-	-	-
- Straßenbau / Kanalbau	Anz.	20	20	20	-	-	-
- sonstige	Anz.	5	15	5	-	-	-
Flächenmessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Bebauungspläne	Anz.	0	3	3	-	-	-
- Landschaftspläne	Anz.	1	1	1	-	-	-
- Fachdaten	Anz.	52	52	54	-	-	-
- neu erfasste Daten	Anz.	8	4	3	-	-	-
Erfassungsaufwand	Std.	1.595	2.500	2.500	-	-	-
Systembetreuung	-	-	-	-	-	-	-
GIS-Arbeitsplätze	Anz.	17	21	16	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Zugriffe im Geodatenportal	Anz.	1.012.483	995.000	1.060.000	-	-	-
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI und VermGebO	€	111.932	120.000	120.000	-	-	-
Anzahl der Beschwerden	Anz.	3	10	5	-	-	-
Kosten pro Zugriff im Geodaten-Portal	€	0,10	0,11	0,10	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI und VermGebO	%	23	23	23	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.034,75	5.000	7.500	7.500	7.500	7.500
+ Aktivierte Eigenleistungen	48.680,55	38.000	49.000	49.000	49.000	49.000
= Ordentliche Erträge	61.715,30	43.000	56.500	56.500	56.500	56.500
- Personalaufwendungen	430.031,04	447.374	452.510	459.995	467.495	474.995
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.370,56	2.600	5.100	5.100	5.100	5.100
- Bilanzielle Abschreibungen	5.172,00	5.172	4.242	3.372	3.372	3.372
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.908,45	4.330	5.400	5.100	5.100	5.100
= Ordentliche Aufwendungen	449.482,05	459.476	467.252	473.567	481.067	488.567
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-387.766,75	-416.476	-410.752	-417.067	-424.567	-432.067
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	13.289,74	900	900	900	900	900
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	53.408,50	77.367	70.898	70.831	71.560	72.040
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-40.118,76	-76.467	-69.998	-69.931	-70.660	-71.140
= Ergebnis	-427.885,51	-492.943	-480.750	-486.998	-495.227	-503.207

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	8.272,25	5.000	7.500	0	7.500	7.500	7.500
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	8.272,25	5.000	7.500	0	7.500	7.500	7.500
- Personalauszahlungen	429.296,33	440.432	446.123	0	453.595	461.095	468.595
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.442,89	2.600	5.100	0	5.100	5.100	5.100
- Sonstige Auszahlungen	12.908,36	4.330	5.400	0	5.100	5.100	5.100
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	443.647,58	447.362	456.623	0	463.795	471.295	478.795
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-435.375,33	-442.362	-449.123	0	-456.295	-463.795	-471.295
= Saldo des Teilfinanzplanes	-435.375,33	-442.362	-449.123	0	-456.295	-463.795	-471.295

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
= Saldo des Teilfinanzplanes	-435.375,33	-442.362	-449.123	0	-456.295	-463.795	-471.295

Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2012 unter 1.2 Geoinformationen ausführlich dargestellt. Personalveränderungen sind für 2012 nicht vorgesehen.

Zum Jahresbeginn 2011 ist aufgrund fachlicher Verschneidungen innerhalb des Produkts eine Stelle aus der Leistungsebene (LE) "Raumbezogene Informationsverarbeitung" in die Leistungsebene "Entwurfs- und Bauvermessung" verschoben worden. Die Leistungen und Kennzahlen sowie die Zuordnung der Erlöse werden entsprechend ab dem laufenden Haushaltsjahr 2011 erfasst und angepasst: So werden alle Leistungen, die nach VermGebO NRW und der HOAI abgerechnet werden können, in der LE 200 erbracht. Dies erleichtert den organisatorischen Aufwand und macht auch in der Sache Sinn, da die im vermessungstechnischen Außendienst erbrachten Leistungen und die dazugehörigen Auswertungen miteinander korrespondieren.

Kurzbeschreibung

Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft in Detmold; insbes. Erfassung und Bewertung von Eingriffen (vor allem im Rahmen der Bauleitplanung); Planung und Betreuung der erforderlichen Ausgleichs- /Ersatzmaßnahmen; Freiraumplanung für die gesamtstädtische Grün- u. Freiflächenversorgung; fachliche Stellungnahmen zur Bauleitplanung sowie grundlegenden baulichen Maßnahmen im Hoch-, Tief- und Sportplatzbau; Planung und Bau von Freiflächenobjekten; Wahrnehmung der Bauherrenfunktion bei extern beauftragten Landschaftsarchitekten für die Erstellung von Freiflächenobjekten

Ziele

Natur- und landschaftsschonende und insgesamt umweltverträgliche Stadtentwicklung; Kompensation für unvermeidliche Eingriffe in Natur und Landschaft; Sicherung und Weiterentwicklung der gesamtstädtischen Grün- und Freiflächenversorgung

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, BauGB, BauO NRW, diverse Fachplanungsgesetze, Fachausschuss- u. Ratsbeschlüsse

Zielgruppe

Bürger/innen der Stadt Detmold, insbes. Planer sowie Träger von Maßnahmen, die Eingriffe in Natur und Landschaft darstellen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	2,37	2,37	2,04	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Nicht abrechnungsfähige Leistungen	-	-	-	-	-	-	-
- Stellungnahmen/Beratungen	Anz.	-	-	-	-	-	-
Landschaftspflege und -planung	-	-	-	-	-	-	-
Stellungnahmen/Beratungen etc.	Anz.	45	80	50	-	-	-
Landschaftsplanerischer Fachbeitrag	Anz.	-	6	5	-	-	-
Umweltbericht	Anz.	2	5	5	-	-	-
Realisierte Ausgleichsmaßnahmen	Anz.	1	2	2	-	-	-
Betreute Projekte	Anz.	21	35	25	-	-	-
Grünordnungs- und Freiraumplanung für:	-	-	-	-	-	-	-
- Kanal-, Tief- und Straßenbau	€	-	-	-	-	-	-
- Schul- und Sportanlagen	€	12.309	15.000	15.000	-	-	-
- Freianlagen an öffentlichen Gebäuden	€	7.127	-	-	-	-	-
- Spielplätze, Grün- und sonstige Freianlagen	€	9.649	5.000	15.000	-	-	-
- Bauleitplanung	€	9.483	20.000	15.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	38.568	40.000	45.000	-	-	-
Investitionsvolumen der aktuell in Bearbeitung befindlichen Projekte	€	960.000	179.000	1.500.000	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	22	20	25	-	-	-
Herrichtung von Flächen für Freizeit und Erholung in m ²	qm	16.500	1.130	25.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Ökologische Aufwertung von Flächen (Kompensationsflächen) in m²	qm	8.000	1.500	15.000	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	600	600	600	600	600
+ Aktivierte Eigenleistungen	49.152,94	0	21.000	5.000	5.000	5.000
= Ordentliche Erträge	49.152,94	600	21.600	5.600	5.600	5.600
- Personalaufwendungen	164.357,99	176.229	176.139	177.853	179.453	181.153
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.172,68	4.100	8.600	3.700	3.700	3.700
= Ordentliche Aufwendungen	170.530,67	180.329	184.739	181.553	183.153	184.853
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-121.377,73	-179.729	-163.139	-175.953	-177.553	-179.253
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.109,12	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.678,97	27.826	20.221	20.366	20.601	20.825
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-23.569,85	-22.826	-15.221	-15.366	-15.601	-15.825
= Ergebnis	-144.947,58	-202.555	-178.360	-191.319	-193.154	-195.078

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalauszahlungen	164.586,75	173.637	174.665	0	176.353	177.953	179.653
- Sonstige Auszahlungen	41.545,87	4.100	8.600	0	3.700	3.700	3.700
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	206.132,62	177.737	183.265	0	180.053	181.653	183.353
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-206.132,62	-177.737	-183.265	0	-180.053	-181.653	-183.353
= Saldo des Teilfinanzplanes	-206.132,62	-177.737	-183.265	0	-180.053	-181.653	-183.353
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	1.000,00	0	463.500	0	0	150.000	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.000,00	0	463.500	0	0	150.000	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.490,00	60.000	1.065.000	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.490,00	60.000	1.065.000	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-7.490,00	-60.000	-601.500	0	0	150.000	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	-213.622,62	-237.737	-784.765	0	-180.053	-31.653	-183.353

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
W09096000 Parklandsch.Friedrichstal,2.BA,Zuwd.Ld.u.Baumaßnahme,Inanspruchnahme erst nach Ratsbeschl.									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	1,0	0,0	428,5	0,0	0,0	150,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	995,0	0,0	1,0	60,0	995,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo W09096000	-995,0	0,0	0,0	-60,0	-566,5	0,0	0,0	150,0	0,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	35,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	70,0	0,0	7,5	0,0	70,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-70,0	0,0	-7,5	0,0	-35,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	-1.065,0	0,0	-7,5	-60,0	-601,5	0,0	0,0	150,0	0,0

Erläuterungen

Das Produkt Grün- u. Freiraumplanung beinhaltet die Grünordnungsplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Grün- und Freiflächen stehen, werden mit anderen Beteiligten (Fachbereiche, Bauträger, sonstige Dritte) abgestimmt und betreut (Leistungen nach HOAI).

Darüber hinaus wird die nach der Novellierung des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau (EAG Bau) im Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanverfahren durchzuführende Umweltprüfung als umfassendes Prüfverfahren bearbeitet.

Für einige Planverfahren entfällt nach der Novellierung des Baugesetzbuches zur Beschleunigung von Planvorhaben das Erfordernis eines förmlichen Umweltberichts (§ 13a BauGB). Damit sinken die insoweit darzustellenden HOAI-Leistungen im Bereich Bauleitplanung. Dafür werden vermehrt entsprechende interne, umfassende Beratungen und Stellungnahmen für die Bauleitplanung erforderlich sein, die nicht entsprechend als HOAI-Leistungen beziffert werden.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2012 unter 1.3 Grünordnungs- und Freiraumplanung ausführlich dargestellt.

Eine Kollegin im Team 6.5 verließ zum Jahresende 2010 die Stadt Detmold. Die Stelle wurde mit reduziertem Aufgabenspektrum und Stundentanteil in der zweiten Jahreshälfte 2011 extern ausgeschrieben. Die Wahrnehmung der neuen gesetzlichen Aufgabe "artenschutzrechtliche Prüfung im Baugenehmigungsverfahren" wird im Team zusätzlich aufgefangen. Die ausgeschriebene Stelle wurde Anfang Februar 2012 mit einer Landschaftsarchitektin (0, 5 Stelle) wiederbesetzt.

Hinweis zur Zuständigkeit für Mittelanmeldungen im Bereich Spielplatzbau:

Die finanzielle Abwicklung im Bereich Spielplatzbau (insbesondere Ein- und Auszahlungen, Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten) erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2009 wieder ausschließlich im FB 7, wo auch der Bereich Spielplatz-Unterhaltung angesiedelt ist.

Die Leistungen Spielplatz-Planung und Spielplatz-Baubetreuung erfolgen dagegen weiterhin im FB 6 im Produkt 009.600.300 Grünordnungs- und Freiraumplanung.

Hinweise zur Finanzplanung für das Projekt Parklandschaft Friedrichstal, 2. Bauabschnitt:

Einzahlungen: Für 2012 werden 428.500 € Landeszuwendungen eingeplant

(insgesamt 686.000 €, davon bereits 107.500 € in 2011 eingegangen und 150.000 € für 2014 kalkuliert).

Auszahlungen: Für 2012 wurden 995.000 € (980.000 € plus 15.000 € Rest Planungskosten aus 2011) im Haushalt geplant. (Die Kosten der Eröffnungsveranstaltung werden im Teilergebnisplan unter Sonstige Geschäftsaufwendungen berücksichtigt.)

nachrichtlich: Die Ausführungsplanung für die Wallpromenade und die Platzfläche am Mühlengraben wird am 21.03.2012 im SEA vorgestellt (Beschlussvorlage Fb 6/101/2012). Weitere Kosten in Höhe von 90.000 € für zusätzliche Fällungen und Neuanpflanzungen aufgrund der beabsichtigten Verlegung von Versorgungsleitungen (z. B. Fernwärme) haben die Eingriffsverursacher (Kanal- und Leitungsbau) zu tragen.

Hinweise zur Finanzplanung für die Maßnahme Komplettierung Fußwegeverbindung Hohenloh:

Einzahlungen: Aktuell werden für 2012 35.000 € (50 %) Landeszuwendungen kalkuliert.

Auszahlungen: Es werden für 2012 70.000 € für die Maßnahme geplant.

Der städtische Eigenanteil beträgt damit 35.000 €.

Zu W 09086000: Die Voraussetzungen des § 14 GemHVO werden für den 2. BA bis Beginn der Baumaßnahme vorliegen.

Kurzbeschreibung

- Planungsrechtliche Auskünfte
- Prüfung des Antrages
- Genehmigung zur öffentlich-rechtlichen Freigabe von Bauvorhaben und Nutzungen, Zurückstellung oder Anhörung
- Bauüberwachung, Rohbau- und Fertigbauabnahme
- Überprüfungen vorhandener baulicher Anlagen
- Prüfung der Erschließung / Entwässerung in planungs- und baurechtlicher Hinsicht
- Prüfung und Aufstellung von Statiken,
- Beratung der Bauherrn, Architekten und städtischen Einrichtungen in statischer Hinsicht

Ziele

Sicherstellung der Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Anordnungen bei der Errichtung, der Änderung, dem Abbruch, der Nutzung, der Nutzungsänderung sowie der Instandhaltung baulicher Anlagen (§ 61 BauO NRW) unter Berücksichtigung einer bürgernahen und schnellen Bearbeitung der eingereichten Anträge.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW), Baunutzungsverordnung (BauNVO), weitere Verordnungen und örtliche Satzungen, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG NRW), Straßen- und Wassergesetze, Entwässerungssatzung, Verwaltungsvorschriften

Zielgruppe

Private, öffentliche oder gewerbliche Bauherren, Bauinteressenten

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	12,07	12,21	12,04	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Überprüfung ungenehmigter Anlagen	Anz.	57	70	70	-	-	-
Wiederkehrende Prüfungen	Anz.	23	40	40	-	-	-
Abgabe von Auszügen aus dem Katasterkarten- und Katasterbuchwerk	Anz.	293	200	250	-	-	-
Prüfung von statischen Berechnungen, Bewehrungsplänen und Nachträgen	Anz.	9	15	15	-	-	-
Erstellung von Statiken	Anz.	8	10	15	-	-	-
Gewerbelotse Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	370	400	400	-	-	-
Beratung Interessenten für gewerbliche Bauvorhaben	Std.	382	400	400	-	-	-
Kundenkontakte	Anz.	145	130	135	-	-	-
Gesamtinvestitionsvolumen	Anz.	28.252.164	50.000.000	35.000.000	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, extern	Anz.	3.645	3.600	3.600	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, intern	Anz.	151	150	150	-	-	-
Stellungnahmen (FB 5, Solaranlagen, Gutachterausschuss u.a.)	Anz.	195	200	200	-	-	-
Anzahl der Anträge auf Vorbescheid	Anz.	102	90	90	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 63	Anz.	90	50	70	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 68 (vereinfachtes Verfahren)	Anz.	442	530	500	-	-	-
Anzahl der Anträge auf Freistellung nach § 67	Anz.	53	60	50	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Gesamtanzahl der bauordnungsrechtlichen Bescheide	Anz.	1.025	1.160	1.175	–	–	–
durchschnittliche Laufzeit eines Baugenehmigungsverfahrens, allg.	Tg.	9,37	7,12	7,12	–	–	–
Genehmigungsquote (genehmigte Bescheide / eingereichte Anträge)	%	64	68	67	–	–	–
Quote erfolgreicher Klagen gegen die Stadt Detmold / Gesamtanzahl der bauordnungsrechtl. Bescheide	%	0,29	0,17	0,26	–	–	–
Deckungsgrad Aufwand zu Genehmigungsgebühren	%	35	33	33	33	32	32
Laufzeit eines Gewerbeantrages netto	Tg.	6,53	15,00	15,00	–	–	–
durchschnittliche Anzahl Anträge / Stelle	Anz.	171	193	196	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	341.171,22	361.000	363.000	363.000	363.000	363.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	117,00	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	101,81	100	100	100	100	100
+ Aktivierte Eigenleistungen	7.561,50	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
= Ordentliche Erträge	348.951,53	373.100	375.100	375.100	375.100	375.100
- Personalaufwendungen	813.538,91	882.451	947.887	957.325	967.225	977.175
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.698,97	13.200	7.700	7.700	7.700	7.700
- Bilanzielle Abschreibungen	9.303,52	9.148	4.060	3.798	3.798	3.798
- Transferaufwendungen	300,00	390	360	360	360	360
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.079,73	13.440	13.400	13.400	13.400	13.400
= Ordentliche Aufwendungen	843.921,13	918.629	973.407	982.583	992.483	1.002.433
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-494.969,60	-545.529	-598.307	-607.483	-617.383	-627.333
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.237,00	0	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	136.162,27	171.607	139.485	139.950	141.669	143.012
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-133.925,27	-171.607	-139.485	-139.950	-141.669	-143.012
= Ergebnis	-628.894,87	-717.136	-737.792	-747.433	-759.052	-770.345

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	336.643,33	361.000	363.000	0	363.000	363.000	363.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	117,00	0	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	118,25	100	100	0	100	100	100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	336.878,58	361.100	363.100	0	363.100	363.100	363.100
- Personalauszahlungen	726.674,49	770.267	819.944	0	827.948	836.499	845.078
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.706,82	13.000	7.500	0	7.500	7.500	7.500
- Transferauszahlungen	300,00	390	360	0	360	360	360
- Sonstige Auszahlungen	17.338,72	13.440	13.400	0	13.400	13.400	13.400
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	749.020,03	797.097	841.204	0	849.208	857.759	866.338
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-412.141,45	-435.997	-478.104	0	-486.108	-494.659	-503.238
= Saldo des Teilfinanzplanes	-412.141,45	-435.997	-478.104	0	-486.108	-494.659	-503.238
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	5.563,70	2.200	2.200	0	2.200	2.200	2.200

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.563,70	2.200	2.200	0	2.200	2.200	2.200
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.563,70	-2.200	-2.200	0	-2.200	-2.200	-2.200
= Saldo des Teilfinanzplanes	-417.705,15	-438.197	-480.304	0	-488.308	-496.859	-505.438

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8,0	0,0	5,6	2,2	2,2	0,0	2,2	2,2	2,2
Saldo Investitionstätigkeit	-8,0	0,0	-5,6	-2,2	-2,2	0,0	-2,2	-2,2	-2,2

Erläuterungen

Das Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ wurde aus den bisherigen Produkten „Vor- und Baubescheide“ und „Statikprüfung“ gebildet. Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des „Gewerbelotsen“, die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

- Die Tätigkeit des Gewerbelotsen hat das Ziel, die Weiterentwicklung des Gewerbes in Detmold zu fördern und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beizutragen. Außerdem trägt der Gewerbelotse durch die Recherche und Dokumentation von Gewerbeflächen in dem Gewerbeflächenkataster zu einer Förderung des Recyclings von Brachflächen bei und verbessert dadurch auch die Informationsbasis für Standortsuchende.

- Eine Allgemeine Bauberatung (z. B. zu bautechnischen oder bauordnungsrechtlichen Fragen) wird seit 2004 aufgrund des Personalabbaues nicht mehr angeboten. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben müssen jedoch planungsrechtliche Auskünfte zur Bebaubarkeit von Grundstücken, zu Festsetzungen von Bebauungsplänen oder zu den notwendigen Genehmigungsverfahren weiterhin erteilt werden. Bei weitergehenden Fragen von Bürgern wird auf die im Baubereich tätigen Architekten verwiesen.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2012 unter 1.4 Bauordnung und Bauaufsicht dargestellt.

Eine vollzeitbeschäftigte Kollegin (mit verringerten Bezügen aufgrund von Altersteilzeit) im Team 6.3 wechselte Mitte April 2011 in die Ruhephase der Altersteilzeit. Die Stelle wird, auch aufgrund zusätzlicher gesetzlicher Pflichtaufgaben (nach Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG)), Anfang April 2012 mit einem Techniker wiederbesetzt.

Kurzbeschreibung

Erteilen von Bauordnungsverfügungen (u. a. Ablehnungen von Anträgen), Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln, Einleiten von Bußgeldverfahren, Festsetzen von Bußgeldern, Klageverfahren

Führen des Baulastenverzeichnisses

Ausübung bzw. Negativbescheinigungen bei Vorkaufsrechten, Genehmigung bzw. Ablehnung von Grundstücksteilungen, Benennung von Straßen und Plätzen, Festsetzung von Hausnummern für bebaute Grundstücke

Ziele

- Verwaltungsrechtliche Durchsetzung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Planungs- und Bauordnungsrechts.
- Durch eine bürgernahe und transparente Beratung wird angestrebt, die Zahl der Klagen und ablehnenden Bescheide zu verringern.
- Erstellung eines digitalen Bauarchivs.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW),

Baunutzungsverordnung (BauNVO), Denkmalschutzgesetz (DSchG), Gesetz ü. d. Schornsteinfegerwesen, Landschaftsgesetz (LG), Ordnungsbehördengesetz (OBG), Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfg), Ordnungswidrigkeitengesetz (OwiG), Gebührenordnung NRW/Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG NRW), Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Detmold

Zielgruppe

Bauherren, Grundstückseigentümer, Grundstückserwerber, Handlungs- oder Zustandsstörer

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	5,24	4,60	4,40	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellplatzablöseverträge	Anz.	1	2	2	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge bez. Baulasten	Anz.	180	75	230	-	-	-
Baulasteintragungen	Anz.	93	170	140	-	-	-
Baulastlöschungen	Anz.	4	5	12	-	-	-
Auskünfte Baulasten	-	-	-	-	-	-	-
- schriftlich	Anz.	79	60	90	-	-	-
- mündlich	Anz.	801	320	700	-	-	-
Fortschreibung Baulasten	Anz.	23	110	55	-	-	-
Stellungnahmen Amtsgericht	Anz.	89	60	125	-	-	-
Ablehnungen von Bauanträgen	Anz.	40	50	30	-	-	-
Beratungen	Anz.	149	500	120	-	-	-
Prüfung Vorkaufsrechte	Anz.	444	460	450	-	-	-
Teilungsgenehmigungen / Zeugnisse (§ 8 BauO NRW)	Anz.	43	60	50	-	-	-
Hausnummernfestsetzungen	Anz.	113	110	110	-	-	-
Hausnummernänderungen	Anz.	7	2	2	-	-	-
Straßenbenennungen	Anz.	1	3	3	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge	Anz.	180	110	100	-	-	-
Ordnungsverfügungen	Anz.	41	60	60	-	-	-
Zwangsgeldfestsetzungen	Anz.	2	8	10	-	-	-
Bußgeldbescheide	Anz.	14	25	16	-	-	-
Anzahl der baurechtlichen Klageverfahren gegen die Stadt Detmold, Gesamt	Anz.	18	40	40	-	-	-
Anzahl der verlorenen Klagen	Anz.	3	2	3	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der abgegebenen Einsprüche	Anz.	0	5	0	-	-	-
Anzahl der stattgegebenen/abgeholfter Einsprüche	Anz.	0	1	0	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der LE nach Kategorie: - Baulasten	Anz.	93	170	140	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Teilungsgenehmigungen	Anz.	43	60	50	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Vorkaufrechte	Anz.	444	460	450	-	-	-
Widersprüche und / oder Klagen / Gesamtzahl der Bescheide	%	1,53	3,25	3,06	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	10	18	14	14	13	13
durchschnittliche Laufzeit Baulasteneintragung	Tg.	2	3	4	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Teilungsgenehmigung	Tg.	24	27	32	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.295,50	40.000	35.000	35.000	35.000	35.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	4.883,79	10.000	5.000	5.000	5.000	5.000
= Ordentliche Erträge	34.184,29	51.000	41.000	41.000	41.000	41.000
- Personalaufwendungen	262.222,75	231.644	247.709	242.777	245.484	248.177
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600
- Bilanzielle Abschreibungen	2.499,50	1.090	1.090	1.090	1.090	1.090
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.267,31	2.850	2.850	2.850	2.850	2.850
= Ordentliche Aufwendungen	267.989,56	238.184	254.249	249.317	252.024	254.717
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-233.805,27	-187.184	-213.249	-208.317	-211.024	-213.717
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	78.823,12	65.639	54.778	55.193	55.869	56.494
= Ergebnis	-312.628,39	-252.823	-268.027	-263.510	-266.893	-270.211

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.267,75	40.000	35.000	0	35.000	35.000	35.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5,00	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
+ Sonstige Einzahlungen	10.294,29	10.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	39.567,04	51.000	41.000	0	41.000	41.000	41.000
- Personalauszahlungen	242.315,83	200.770	215.900	0	218.437	220.844	223.237
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	2.100	2.100	0	2.100	2.100	2.100
- Sonstige Auszahlungen	3.282,00	2.850	2.850	0	2.850	2.850	2.850
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	245.597,83	205.720	220.850	0	223.387	225.794	228.187
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-206.030,79	-154.720	-179.850	0	-182.387	-184.794	-187.187
= Saldo des Teilfinanzplanes	-206.030,79	-154.720	-179.850	0	-182.387	-184.794	-187.187

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	5.700,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlungen aus Investitions- tätigkeit	5.700,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	500	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit	0,00	500	500	0	500	500	500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	5.700,00	4.500	4.500	0	4.500	4.500	4.500
= Saldo des Teilfinanzplanes	-200.330,79	-150.220	-175.350	0	-177.887	-180.294	-182.687

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätig- keit	0,0	0,0	5,7	5,0	5,0	0,0	5,0	5,0	5,0
= Auszahlungen aus Investitionstätig- keit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo unterhalb der Wertgrenze	0,0	0,0	5,7	4,5	4,5	0,0	4,5	4,5	4,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	5,7	4,5	4,5	0,0	4,5	4,5	4,5

Erläuterungen

Das Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ wurde mit NKF-Beginn 2008 aus den bisherigen Produkten „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“, „Baulasten“, „Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen“ sowie dem Projekt „Digitalisierung Bauarchiv“ (separate Leistungsebene bis 2009) gebildet.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2012 unter 1.5 Bau- und Grundstücksservice dargestellt.

Aufgrund des Beginns der Ruhephase der Altersteilzeit einer Kollegin im Bereich Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren wird die Stelle Anfang April 2012 intern wiederbesetzt.

Die Erträge aus Bußgeldern gehen zurück und sind im Vergleich zum Vorjahr niedriger geplant. Zu ergänzen ist in diesem Zusammenhang, dass bei Einsprüchen gegen Bußgelder die Verfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden müssen. Werden die Bußgeldfestsetzungen dann gerichtlich bestätigt, fließen sie dann der Landeskasse (und nicht mehr der Stadt Detmold) zu.

Kurzbeschreibung

Beratung und Annahme der Anträge für Wohnraumfördermittel für Neubau-, Erwerbs- und Bestandsinvestitionsmaßnahmen
 Prüfung der Einkommensverhältnisse und der Familiengröße zur Erteilung der Wohnberechtigung,
 Prüfung und Feststellung der Netto-Kaltniete nach Berechnungsrecht

Ziele

Nachfrageorientierte Versorgung der Stadt Detmold mit öffentlich geförderten Wohnungen

Auftragsgrundlage

Förderprogramm des Landes für die kommunale Wohnungswirtschaft

- Wohnraumförderungsgesetz
- Wirtschaftsstrafgesetz
- Wohnungsbindungsgesetz
- II. Wohnungsbaugesetz
- II. Berechnungsverordnung,
- Einkommensprüfungserlass

Zielgruppe

Alle Interessenten der verschiedenen Förderprogramme, die eine bestimmte Einkommensgrenze einhalten (Ausnahme ESP),
 einkommensschwache Haushalte, die eine öffentlich geförderte Wohnung beziehen wollen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	2,06	2,11	2,05	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Bewilligungen	Anz.	6	8	40	-	-	-
Fördervolumen	€	1.950.000	3.200.000	2.550.000	-	-	-
Modernisierung Anzahl der Beratungen	Anz.	2	2	2	-	-	-
Wohnungsbindung Anzahl Wohnberechtigungsscheine	Anz.	294	320	320	-	-	-
Anzahl Freistellungsbescheinigungen	Anz.	52	60	40	-	-	-
Anzahl Zinssenkungsanträge	Anz.	97	80	120	-	-	-
Anzahl Wirtschaftlichkeitsberechnungen	Anz.	5	3	3	-	-	-
Anzahl der Bestands- und Besetzungskontrollen	Anz.	300	300	300	-	-	-
Eigentumsförderung Anzahl der Beratungen insgesamt	Anz.	6	10	6	-	-	-
Mietwohnungsbau Anzahl der Bewilligungen	Anz.	51	50	6	-	-	-
Fördervolumen	€	3.540.000	3.400.000	2.400.000	-	-	-
Mietwohnungsbau Anzahl der Beratungen	Anz.	2	4	3	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der LE nach Kategorie: - Wohnungsbindung	Anz.	351	383	363	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - wohnungswirtschaftliche Maßnahmen	Anz.	97	63	120	-	-	-
Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum (Wohneinheiten)	Anz.	3.000	3.000	3.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittliche Bearbeitungszeit/Fall	Tg.	1	1	1	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	6	8	7	7	7	7
Anzahl der neu errichteten öffentlich geförderten Wohnungen / Familienheime in DT / Jahr	Anz.	0	25	75	-	-	-
Belegungsquote öffentlich geförderter Wohnungen in DT in %	%	96	96	96	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.265,00	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.319,74	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
= Ordentliche Erträge	10.584,74	10.600	10.600	10.600	10.600	10.600
- Personalaufwendungen	152.367,53	129.533	141.911	143.300	144.800	146.300
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	100	100	100	100
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.102,87	3.950	900	900	900	900
= Ordentliche Aufwendungen	154.470,40	133.583	142.911	144.300	145.800	147.300
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-143.885,66	-122.983	-132.311	-133.700	-135.200	-136.700
+ Finanzerträge	6.268,21	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
= Ordentliches Jahresergebnis	-137.617,45	-116.483	-125.811	-127.200	-128.700	-130.200
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.594,64	27.164	24.071	24.037	24.319	24.511
= Ergebnis	-157.212,09	-143.647	-149.882	-151.237	-153.019	-154.711

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.265,00	3.600	3.600	0	3.600	3.600	3.600
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	7.319,74	7.000	7.000	0	7.000	7.000	7.000
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	6.179,17	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.763,91	17.100	17.100	0	17.100	17.100	17.100
- Personalauszahlungen	126.030,37	113.728	121.249	0	122.500	123.800	125.100
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	100	0	100	100	100
- Sonstige Auszahlungen	963,97	3.950	900	0	900	900	900
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	126.994,34	117.778	122.249	0	123.500	124.800	126.100
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-110.230,43	-100.678	-105.149	0	-106.400	-107.700	-109.000
= Saldo des Teilfinanzplanes	-110.230,43	-100.678	-105.149	0	-106.400	-107.700	-109.000
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	22.404,92	22.500	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	22.404,92	22.500	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	22.404,92	22.500	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Saldo des Teilfinanzplanes	-87.825,51	-78.178	-82.649	0	-83.900	-85.200	-86.500

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	20,0	0,0	22,4	22,5	22,5	0,0	22,5	22,5	22,5

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Saldo Investitionstätigkeit	20,0	0,0	22,4	22,5	22,5	0,0	22,5	22,5	22,5

Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2012 unter 1.6 Wohnungsbauservice dargestellt. Wie dort berichtet, hat der Regierungswechsel des Jahres 2010 eine grundlegende Überarbeitung des Förderrechts mit sich gebracht. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus am freien Kapitalmarkt wurde die Förderung stärker auf einkommensschwache Haushalte ausgerichtet. Daraus resultiert eine Verringerung der geförderten Fälle und der bewilligten Mittel.

Personalveränderungen stehen für 2012 nicht an.

Kurzbeschreibung

- Unterschutzstellung von Bau- und Bodendenkmälern
- Prüfungen und Stellungnahmen von Anträgen und Anfragen
- Beratungen, Betreuungen, Kontrollen
- Vergabe von Fördermitteln aus verschiedenen Förderprogrammen
- Steuerbescheinigungen und Abstimmungen
- Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

- Wahrung des öffentl. Interesses an der Einhaltung der gesetzl. Anforderungen an denkmalgeschützten Anlagen und deren Nutzung
- Erhaltung kultureller Ressourcen und der Attraktivität der Stadt zur Steigerung der Standortqualität und des Fremdenverkehrswesens
- Hilfen bei der Finanzierung denkmalpflegerisch bedingter Forderungen bei kostenintensiven Erhaltungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

-Denkmalschutzgesetz NW, Denkmallistenverordnung, Beschlüsse Ausschuss für Stadtentwicklung

Zielgruppe

Eigentümer, Nutzungsberechtigte, und Nachbarn von Denkmälern, Architekten, Handwerker, Fachbereiche, Rats- und Ausschussmitglieder, indirekt alle Bürger und Besucher der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	1,78	1,65	1,70	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Städtische Bestandserfassung der erhaltenswerten historischen Bausubstanz	Anz.	1.500	1.500	1.500	-	-	-
Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes	Anz.	1.045	1.045	1.045	-	-	-
Anzahl der auf Denkmalwert geprüften Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis	Anz.	894	935	965	-	-	-
Verhältnis Anzahl der geprüften Objekte/Anzahl Objekte Kulturgutverzeichnis	%	86	90	92	-	-	-
Verhältnis Baudenkmäler/Gesamtgebäudebestand	%	3	3	3	-	-	-
Anzahl der Förderanträge	Anz.	26	20	20	-	-	-
Anzahl der Steuerbescheinigungen	Anz.	24	20	20	-	-	-
durch Förderung mobilisiertes Investitionsvolumen	€	625.868	500.000	400.000	-	-	-
bescheinigte Gesamtaufwendungen für Steuervergünstigungen	€	1.443.794	1.000.000	1.000.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl abgeschl. Unterschutzstellungen gem. Kulturgutverzeichnis	Anz.	15	20	20	-	-	-
Anzahl der betreuten Objekte	Anz.	245	250	255	-	-	-
Anzahl denkmalrechtlicher Widerspruchs- bzw. Klageverfahren / Gesamtanzahl der Bescheide	%	0,00	1,00	1,00	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreutem Objekte p.a.	€	464	590	460	-	-	-
Förderungswirkungsgrad (Quote städt. Fördervolumens / Gesamtinvestitionsvolumen)	%	15,9	25,0	20,0	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	73.276,00	762.700	502.900	502.900	52.900	52.900
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	19.180,76	14.000	12.000	12.000	12.000	12.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	186,50	500	400	400	400	400
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	10	10	10	10	10
= Ordentliche Erträge	92.643,26	777.210	515.310	515.310	65.310	65.310
- Personalaufwendungen	117.835,67	105.459	123.930	125.100	126.300	127.700
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	500,00	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050
- Transferaufwendungen	113.939,81	864.700	575.700	575.700	75.700	75.700
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.154,69	6.820	2.620	2.620	2.620	2.620
= Ordentliche Aufwendungen	236.430,17	978.029	703.300	704.470	205.670	207.070
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-143.786,91	-200.819	-187.990	-189.160	-140.360	-141.760
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.266,00	0	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.995,01	17.338	14.212	14.291	14.461	14.600
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-17.729,01	-17.338	-14.212	-14.291	-14.461	-14.600
= Ergebnis	-161.515,92	-218.157	-202.202	-203.451	-154.821	-156.360

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	73.276,00	762.700	502.900	0	502.900	52.900	52.900
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.639,85	14.000	12.000	0	12.000	12.000	12.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	60,00	500	400	0	400	400	400
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	10	10	0	10	10	10
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	89.975,85	777.210	515.310	0	515.310	65.310	65.310
- Personalauszahlungen	90.717,76	85.091	99.966	0	100.900	101.800	102.900
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	1.050	1.050	0	1.050	1.050	1.050
- Transferauszahlungen	115.472,25	896.650	587.700	0	575.700	75.700	75.700
- Sonstige Auszahlungen	3.985,30	6.820	2.620	0	2.620	2.620	2.620
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	210.175,31	989.611	691.336	0	680.270	181.170	182.270
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-120.199,46	-212.401	-176.026	0	-164.960	-115.860	-116.960
= Saldo des Teilfinanzplanes	-120.199,46	-212.401	-176.026	0	-164.960	-115.860	-116.960
= Saldo des Teilfinanzplanes	-120.199,46	-212.401	-176.026	0	-164.960	-115.860	-116.960

Erläuterungen

Zahl der Baudenkmäler 669

Zahl der Bodendenkmäler 61

Zahl der beweglichen Denkmäler 1

Zahl der erhaltenen historischen Gebäude 1.045

Gesamtzahl der Gebäude in Detmold 19.804

Die angestrebte Anzahl von Unterschutzstellungen ist wegen der kritischen Haltung bei den Denkmaleigentümern nur mit größerem Zeitaufwand für Überzeugungsarbeit realisierbar.

Die Anzahl der auf dem Denkmalwert zu prüfenden Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis setzt sich zusammen aus den in die Denkmalliste bereits eingetragenen Baudenkmälern und den als nicht denkmalwert befundenen Bauwerken.

Bei dem Verhältnis der Baudenkmäler zum Gesamtgebäudebestand im Stadtgebiet ist die Gesamtzahl aller Häuser mit Hausnummern zugrunde gelegt worden.

Die zu betreuenden Objekte sind entweder denkmalgeschützt oder im Kulturgutverzeichnis aufgeführt. Im denkmalrechtlichen Verfahren werden Beratungen geleistet, Erlaubnisse und Steuerbescheinigungen erteilt und Förderanträge abgewickelt.

Die Beratungen erfolgen im Regelfall auf Initiative von Denkmaleigentümern, Antragstellern, Handwerkern oder Architekten. Die Beratungen haben sehr unterschiedliche Dauer. Sie erfolgen telefonisch, im Hause und am Objekt. Beratungen vor Ort, Beratungen mit Laien und Beratungen mit umfangreichen Veränderungsmaßnahmen erfordern sehr oft einen hohen Zeitaufwand (1 Stunde und länger).

Stellungnahmen nach Prüfung erfolgen schriftlich. Sie erfordern wegen des stets individuellen Sachverhaltes einen höheren Zeitaufwand. Je nach Komplexität der Maßnahme und Vollständigkeit der Antragsunterlagen beträgt der Zeitaufwand zwischen 1 bis 16 Stunden, im Ausnahmefall auch länger.

Wie bereits zu dem Produkt 610.100 (Stadtplanerische Leistungen) erläutert, endete zum Oktober 2010 der Vertrag einer teilzeitbeschäftigten Kollegin im Team 6.1. Die Aufgaben - im Bereich Denkmalschutz - werden seitdem durch Aufgabenverlagerung im Team wahrgenommen. Wie bereits ebenfalls zu dem Produkt 610.100 (Stadtplanerische Leistungen) erläutert, soll die Stelle eines Kollegen im Team 6.1, der Ende Juli 2011 in Rente gegangen ist, in 2012 wiederbesetzt werden. Es ist beabsichtigt, zwischenzeitlich die Stelle mit dem Anforderungsprofil „Städtischer Denkmalpfleger“ extern auszuschreiben, um frühzeitig die Nachfolge eines Kollegen aus dem Bereich Denkmalpflege (Pensionierung in 2013) vorzubereiten. Die entsprechenden Personalkosten sind im Produkt 610.100 bei der Mittelanmeldung 2012 berücksichtigt.

Hinweis: Die „Transferaufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus:

- 500.000 € Zuschuss Fördermaßnahme Bereich Stadtumbau West Hohenloh – Richthofenstraße (Plan 2012: 500.000 €, Plan 2013: 500.000 €)

davon voraussichtlich Landes-/Bundeszuweisung 350.000 € (70 %, Plan 2013: 350.000 €) und weitere Bundeszuweisung 100.000 € (Plan 2013: 100.000 €)

Der kalkulierte städtische Eigenanteil in Höhe von 10 % beträgt damit 2012 50.000 € (2013 50.000 €).

nachrichtlich: Lt. Erläuterungen in der Beschlussvorlage Fb 6/041/2012 (SEA 15.02.2012, Rat 01.03.2012) ist aufgrund der Förderrichtlinien Stadterneuerung eine Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Höhe von 20 % nicht mehr möglich. Durch den Wegfall der Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben können bei gleich bleibendem städtischen Eigenanteil in Höhe von 50.000 € (jetzt 30 %) und einem Zuschuss aus Städtebaufördermitteln in Höhe von 116.000 € (70 %) für Fördermaßnahmen im Bereich Hohenloh nur noch Zuwendungen in Höhe von 166.600 € gewährt werden.

- 75.500 € Zuschuss Historischer Stadtkern – private Haus- und Hofflächen - wie Vorjahr - (davon Landeszuweisung 70 %)

- 0 € Denkmalförderung / Stadtpauschale

Durch Haushaltsbeschluss 2011 wurde die Stadtpauschale aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage ab 2011 gestrichen (zum Vergleich: Vorjahre jährlich 29.000 €).

Hinweis: Für die Ressourcenkennzahl wurde der Betriebsaufwand um die Transferaufwendungen (durchlaufende Gelder / Zahlungen an Externe, z. B. Förderprogramm historischer Stadtkern Detmold, Zuschuss Fördermaßnahme Stadtumbau West Hohenloh – Richthofenstraße) bereinigt.

Kurzbeschreibung

- Energie- und Umweltberatung
- Erstellen von Basisinformationen
- Öffentlichkeitsarbeit
- a) aktive Öffentlichkeitsarbeit durch Pressearbeit, Herausgabe von Falblättern und anderen Informationsmaterialien, Vorträge, aktionsorientierter Ansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit durch die Planung und Durchführung von Veranstaltungen.
- b) reagierende Öffentlichkeitsarbeit auf Anfragen sowie aktuelle umweltpolitische Entwicklungen.
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms
- Einführung / Initiierung von Maßnahmen zur Erhaltung/Verbesserung der Umweltsituation in Detmold
- Umsetzung der Detmolder Baumschutzsatzung

Ziele

Verbesserung der Umweltsituation in Detmold durch folgende Maßnahmen:

- Umweltberatung, Umweltinformation
- Unterstützung von Umweltmaßnahmen Dritter
- Betreuung der Bauschutzsatzung

Auftragsgrundlage

- Beschlüsse des HFA vom 09.02.1995 und 04.01.1996
- Ratsbeschluss vom 13.12.84 / des UA vom 12.02.85
- allgemeiner Auftrag an öffentliche Verwaltung, Lebensgrundlage langfristig zu erhalten
- Rats- und Ausschussbeschlüsse zum Klimaschutz
- Detmolder Baumschutzsatzung vom 17.09.2001

Zielgruppe

Alle Einwohner/innen Detmolds, von Fall zu Fall unterschiedliche Zielgruppe

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung
Haupt- und Finanzausschuss für Klimabeirat

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	2,34	2,26	3,27	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
in Verwaltungsgebäuden: Auswertungen mit Beratungen	Anz.	0	-	-	-	-	-
Private: Beratungen	Anz.	30	100	100	-	-	-
Veranstaltungen	Anz.	1	2	2	-	-	-
Förderprogramm nachträgl. Wärmedämmung: geförderte Maßnahmen	Anz.	115	40	50	-	-	-
Betreuung der Baumschutzsatzung - BaumSchS Ortstermine	Anz.	211	250	250	-	-	-
durch Beratung erhaltene Bäume	Anz.	51	50	50	-	-	-
Bescheide nach BaumSchS	Anz.	162	200	200	0	0	-
- positiv beschieden	Anz.	158	185	185	-	-	-
- Ablehnungen	Anz.	4	15	15	-	-	-
- Klagen	Anz.	1	5	3	-	-	-
Bußgeldverfahren nach Baumschutzsatzung	Anz.	7	5	5	-	-	-
Umweltberatung Erstellen von Informationsmaterial	Anz.	1	8	5	-	-	-
Veranstaltungen, Vorträge	Anz.	1	8	5	-	-	-
Presseinformationen	Anz.	8	12	12	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Energiesparen	Anz.	33	102	102	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Klimaschutz	Anz.	45	20	80	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Umweltschutz	Anz.	-	700	500	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Baumschutz	Anz.	360	430	400	-	-	-
Anzahl Bescheide Baumschutz	Anz.	162	200	200	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Bescheide Baumschutz	Tg.	3	3	3	-	-	-
Aufwand für Beratungen in den Bereichen Energiesparen / Klimaschutz / Umweltschutz	€	79	27	27	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand Bescheid Baumschutz	€	265	232	232	-	-	-
Anzahl Ersatzpflanzungen	Anz.	159	250	200	-	-	-
Summe versiegelte Fläche Jahresende zu Jahresbeginn in qkm	qkm	7.670,00	7.700,00	-	-	-	-
Summe versiegelte Fläche Jahresende zu Jahresbeginn in %	%	2,60	3,00	-	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.040,00	14.920	118.100	12.300	3.700	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	100	100	100	100	100
+ Sonstige ordentliche Erträge	4.000,00	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	7.000,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
= Ordentliche Erträge	22.040,00	22.120	125.300	19.500	10.900	7.200
- Personalaufwendungen	154.211,64	178.224	199.606	201.688	203.688	205.688
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.734,38	6.150	6.150	6.150	6.150	6.150
- Transferaufwendungen	172.579,16	202.382	215.828	216.828	179.328	167.828
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.899,91	48.100	138.970	34.600	35.500	28.600
= Ordentliche Aufwendungen	342.425,09	434.856	560.554	459.266	424.666	408.266
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-320.385,09	-412.736	-435.254	-439.766	-413.766	-401.066
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.635,38	27.377	24.074	24.148	24.442	24.686
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-22.635,38	-26.377	-23.074	-23.148	-23.442	-23.686
= Ergebnis	-343.020,47	-439.113	-458.328	-462.914	-437.208	-424.752

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.040,00	14.920	18.730	0	12.300	3.700	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100	100	0	100	100	100
+ Sonstige Einzahlungen	6.000,00	6.100	6.100	0	6.100	6.100	6.100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	17.040,00	21.120	24.930	0	18.500	9.900	6.200
- Personalauszahlungen	154.539,09	173.536	197.470	0	199.562	201.562	203.562
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.134,12	28.150	14.150	0	6.150	6.150	6.150
- Transferauszahlungen	172.579,16	202.382	215.828	0	216.828	179.328	167.828
- Sonstige Auszahlungen	4.099,54	48.100	138.970	0	34.600	35.500	28.600

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	339.351,91	452.168	566.418	0	457.140	422.540	406.140
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-322.311,91	-431.048	-541.488	0	-438.640	-412.640	-399.940
= Saldo des Teilfinanzplanes	-322.311,91	-431.048	-541.488	0	-438.640	-412.640	-399.940
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	2.021,81	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.021,81	0	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.021,81	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	-324.333,72	-431.048	-541.488	0	-438.640	-412.640	-399.940

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2012 unter 1.8 Umweltschutz dargestellt.

Seit Mai 2011 verstärkt die neue Klimamanagerin das Team 6.5. Die 50%- Stelle zur Umsetzung des Detmolder Klimaschutzkonzeptes wird anteilig durch ein Förderprogramm des Bundesumweltministeriums finanziert und ist auf 3 Jahre befristet (s. wie unter 3.3 Umweltschutz). Für 2012 stehen Personalveränderungen nicht an.

Hinweis: Die „Transferaufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus

- rd. 84.000 € Zuschuss an Niedrig-Energie-Institut (NEI)

Das Honorar wurde seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 20.000 € von 56.000 € auf 76.000 € erhöht.

Der Erhöhungsbetrag wird jetzt für die Jahre 2012 ff. unter der Einbeziehung der Honorar-Anpassungsklausel im NEI-Vertrag (Berücksichtigung von allgemeinen Tarifierhöhungen) für die Jahre 2012 (rd. 84.000 €), 2013 (rd. 85.000 €), 2014 (rd. 85.000 €) und 2015 (rd. 86.000 €) fortgeschrieben.

- rd. 62.800 € Abwicklung Detmolder Förderprogramme über NEI

Die für die Abwicklung des Detmolder Förderprogramms (zur Wärmedämmung) über NEI bereitgestellten Mittel wurden seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 40.000 € von 40.903 € auf 80.903 € erhöht. Dieser Erhöhungsbetrag wurde zunächst als Mittelanmeldung für die Haushaltsjahre 2010 ff. fortgeschrieben. Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde dieser Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 8.090 €) auf 72.813 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 gegenüber der Mittelanmeldung um weitere 10.000 € auf 62.813 € gesenkt.

- 17.000 € Projektkostenzuschuss Rolfscher Hof (bis 2009: 19.800 €)

Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde der Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 1.980 €) auf 17.820 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 auf 17.000 € (für fünf Jahre bis einschließlich 2015) jährlich festgesetzt (weitere Senkung wegen evtl. Landesförderung derzeit nicht gegeben).

- 50.000 € Aufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Detmold

Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Ausweitung der Energieberatung hat der Rat am 24.09.2009 die befristete dreijährige Einstellung einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters beschlossen. Die Stelle der Klimaschutzmanagerin ist seit Mai 2011 mit halbem Stellenumfang besetzt.

- Die Position Förderung von Initiativen und Umweltpreis in Höhe von 400 € wurde im Haushaltsplan-Aufstellungsverfahren 2012 eingespart.

Hinweis: Die „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus

- 104.600 € Modellvorhaben Gebäudebestand

Lt. Beschlussvorlage Fb 6/422/2011 (Rat 21.12.2011) soll auf Grundlage des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzeptes eine Beratungsbroschüre und Gutachten zur Altbausanierung erstellt werden. Die 95 % - Förderung des Bundes in Höhe von 99.370 € ist im Dezember 2011 bereits eingegangen. Der 5 % - Eigenanteil in Höhe von 5.230 € wird aus Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes finanziert.

- (21.500 €) neu 16.270 € Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes

(21.500 € ./ 5.230 € Eigenanteil Modellvorhaben Gebäudebestand, s. o.)

Die Positionen Klimaschutz (Plan 2010: 8.660 €) und Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes (Plan 2010: 17.330, Summe 25.990 €) wurden für den Plan 2011 zusammengeführt und dabei insgesamt um 4.490 € / 17 % gekürzt. Diese Einsparungen wurden bei der Mittelanmeldung 2012 fortgesetzt.

- 10.000 € (davon 5.000 € Mittel aus 2011) Umsetzung Online-Energieberatung (2012 10.000 €, 2013 5.000 €, 2014 5.000 €, 2015 5.000 €) als spezieller Teil der Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes

- 6.000 € Umsetzung European Energy Award für externe Beratung (Planung 2012: 6.000 €, 2013: 6.000 €, 2014: 6.900 €). Die Maßnahme wird lt. Zuwendungsbescheid insgesamt mit rund 80 % Bundesförderung bezuschusst.

Einzelheiten zum European Energy Award sind ausführlich in der Drucksache Nr. VV/235/2009 erläutert (Haupt- und Finanzausschuss am 03.09.2009, Rat am 24.09.2009).

Hinweise:

Für die Ressourcenkennzahlen wurde der Betriebsaufwand um die Transferaufwendungen (durchlaufende Gelder / Zahlungen an Externe, z. B. NEI-Honorar, Detmolder Wärmedämmprogramm) bereinigt.

Versiegelte Flächen in Detmold:

Die Angaben zu den versiegelten Flächen (Ist-Zahlen) beziehen sich noch auf das Jahr 2009; für 2010 liegen die Zahlen noch nicht vollständig vor. (Die Flächenentwicklung 2005-2009 wurde im produktbezogenen Jahresbericht 2010 in einer Grafik / Tabelle dargestellt.)